

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 147 SONNTAG, 5. April 1936

Aus dem Inhalt:

Die Krise geht weiter

Führer ohne Ziel

In den Spuren von Stinnes

Hölle der Ausbeutung

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Hundert Prozent Terror

Die Vernebelung der wahren Lage Deutschlands

Als Napoleon I. sich zum Kaiser der Franzosen machte, veranstaltete er ein Plebiszit. Das Ergebnis dieses Plebiszits ist bisher nicht übertroffen worden. Selbst Hitler ist am 29. März nicht so nahe an die Grenze der absoluten Einstimmigkeit herangekommen. Das napoleonische Plebiszit ist von späteren Zeiten als eine Farce, eine Machenschaft der diktatorischen Gewalt belächelt worden. Es war eine Geste. Der Diktator verbeugte sich vor dem mit dem Geist der französischen Revolution verbundenen Prinzip der Volkssouveränität — er stellte zugleich sein Kaisertum dem Gottesgnadenprinzip des Legitimus entgegen. Das Plebiszit Hitlers ist so gut eine Farce wie das napoleonische. Aber es gibt einen Unterschied: der deutsche Diktator heuchelt eine Verbeugung vor dem demokratischen Geist der anderen, der freien Völker. Er will sie verführen, seine Geste mit den Maßstäben zu messen, die sie an ihre eigenen, wirklichen Wahlen anlegen, und er will sie damit betrogen.

Die politisch denkenden Menschen außerhalb der deutschen Grenzen lassen sich nicht betrogen. »Als Wahl war es eine Farce« — so heißt es in der »Times« — »denn eine Wahl setzt eine Auswahl zwischen Kandidaten und ein gewisses Maß von Diskussionsfreiheit voraus. Als Probe auf das Vertrauen der Nation zu ihren derzeitigen Führern war sie von Anfang an verfälscht durch das System der Staatskontrolle, die unter dem Dritten Reich systematisch geworden ist und durch die Unmöglichkeit, eine oppositionelle Stimme abzugeben« Betrogen lassen sich nur die Kurzsichtigen und die Leichtgläubigen, für die Wahl gleich Wahl ist, weil sie sich die Bedingungen in einem Lande nicht vorstellen können, in dem der Terror der totalen Staatsgewalt herrscht. Diese Massen sollen durch den hundertprozentigen Betrug der hundertprozentigen Wahlergebnisse geistig überrannt werden, sie sollen in den Glauben versetzt werden: das deutsche Volk will es! Die Plebiszite des Dritten Reiches sind der Versuch, mit faschistischen Methoden auf Volksmassen außerhalb der deutschen Grenzen zu wirken, um sie geistig-moralisch und politisch dem System der deutschen Despotie gegenüber zu entwaffnen. Sie sollen entmutigt, von der Sympathie mit dem unterdrückten Teil des deutschen Volkes ferngehalten werden.

Für sie ist es notwendig, einige Worte über das Wesen dieses Plebiszits und sein Ergebnis zu sagen. In einem freien Lande ist der Grad der Wahlbeteiligung ein Gradmesser für den politischen Sinn und die politische Anteilnahme der Bevölkerung, in einem Diktatorlande jedoch nur ein Gradmesser für die Wirksamkeit des Terrors. Demgegenüber tritt zurück, wieviele von den zwangsweise zur Wahl getriebenen dann riskieren, ihre oppositionelle Gesinnung in irgend einer Form zu zeigen. Sich der Wahl entziehen bedeutet heute in Deutschland sichere Anwartschaft auf das Konzentrationslager und auf Vernichtung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage, wahrscheinlich auch das Risiko, von einer Mörderbande totgeschlagen zu werden. Ein Teil des Volkes wird bei einem solchen Plebiszit mobilisiert, um den anderen Teil des Volkes zu vergewaltigen. Das ist der eigentliche Sinn des sogenannten Wahlkampfes. Das System hat diese Riesenpropaganda veranstaltet, nicht um zu werben, sondern um die Leidenschaft seiner eigenen sicheren

Anhänger bis zum Aeußersten aufzupeitschen, damit sie regelrecht Jagd auf jeden machen, der sich der Teilnahme an der Wahlfarce hätte entziehen wollen. So wie beim Kriegsausbruch 1914 in allen Ländern die Spionenmanie und Spionenhetze der im Kriegsrausch befindlichen Massen begann, so hat das System den Massenwahn seiner Anhänger gegen die oppositionellen Volksschichten aufgepeitscht. Das ist ein grundsätzlich anderer Vorgang als bei einer wirklichen Wahl, und das erklärt auch, wie das deutsche Volk wirklich restlos zur Stimmabgabe getrieben werden konnte.

Das ist das Wesen des Terrors, der sich dem Massenwahn nutzbar macht. Er bringt den freiheitliebenden oppositionell gesinnten Menschen, der nicht vom Wahn erfaßt ist, in die furchtbare Lage, zu wählen zwischen der Unterwerfung und der Vergewaltigung seines Intellekts auf der einen Seite und dem sicheren Untergang seiner Person und seiner Familie auf der anderen Seite. Das ist die wirkliche Wahlentscheidung, vor die er bei einem solchen Plebiszit gestellt ist! Wir möchten den Menschen, die das Glück haben, in freien Ländern zu leben, einen Begriff davon vermitteln, in welcher furchtbaren unmenschlichen Situation sich heute ein nicht zählbarer Teil des deutschen Volkes befindet: zusammengespart mit bewaffneten Narren und ihrer Gnade ausgeliefert. Wir möchten sie aufrütteln aus der Gleichgültigkeit, die nur zu leicht die Nichtbetroffenen dem Dauerterror gegenüber ergreift. Wir möchten ihnen das Verständnis einer Erscheinung nahebringen, die — wir gestehen es — nur der restlos verstehen kann, der sie selbst erleidet. Diese sogenannte Wahl vom 29. März mit der restlosen Wahlbeteiligung des Volkes ist die grauenvollste Offenbarung des Terrors, die sich denken läßt.

Und nun der »Wahlakt« selbst. Hier sind alle Methoden des Terrors wirksam geworden, von der gröbsten des unmittelbaren Zwangs bis zu den feinsten des psychologischen Druckes. Auf dem Lande hat man die »Wähler« in Viererreihen antreten lassen, einen jeden mit dem Stimmzettel in der Hand, eskortiert von SA-Leuten; in den Großstädten hat man als oppositionell bekannte Wahlbezirke in klein-

ste Wahlgruppen aufgespalten, um durch unmittelbare Beobachtung die Oppositionellen erkennen zu können, man hat geflissentlich verbreitet, daß die Wahlzellen unter Beobachtung stehen würden, daß die Stimmzettel sortiert und an Hand der Listen kontrolliert werden würden. Man hat den Versuch einer oppositionellen Abstimmung mit hundertfachem Risiko belastet.

Hinzu kommt, daß eine oppositionelle Abstimmung bis zum Aeußersten technisch erschwert worden ist. Der Einheitsstimmzettel hat jeden Oppositionellen vor das Problem gestellt: wie mache ich es, damit mein Stimmzettel nicht dennoch als Ja-Stimme gezählt werden kann? Streiche ich den Namen Hitler durch — kann der Wahlvorsteher erklären, ich hätte den Namen Hitler ankreuzen oder anstreichen wollen. Streiche ich den Parteinamen oder die anderen Namen durch, wird er sagen, ich habe ausdrücklich Hitler wählen wollen. Zerreiße ich den Stimmzettel, so hört es die Beobachtung und man fühlt es im Kuvert. Und lasse ich den für das Kreuz bestimmten Kreis frei — wird dann meine Stimme sicher ungültig sein? In der Tat sind alle Stimmzettel, die im Kreis kein Kreuz erhielten, auf einheitliche Anordnung hin als gültige Ja-Stimmen gezählt worden. Allein schon diese Anordnung läßt erkennen, daß es keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, wie das wirkliche Abstimmungsergebnis gewesen ist. Niemand kann feststellen, wie viele Oppositionelle zu dem Schluß gekommen sind, daß unter diesen Bedingungen die Demonstration des Neinstimmens unzweckmäßig und nutzlos sei, wie viele trotz allem den Versuch unternommen haben, gegen die Einheitsliste zu stimmen, ohne daß ihnen dieser Versuch gelungen ist. Mit diesen Methoden sind Millionenfälschungen möglich.

Diese Ueberlegungen müssen den unbefangenen Beobachter zu dem Schluß führen, daß ein solches Plebiszit unter solchen Bedingungen sich nicht zu einer Schätzung der Volksstimmung eignet, daß es nicht als eine Ausdrucksform der Stärke der Opposition gewertet werden kann. Es läßt nur

den Schluß zu, daß das terroristische System einen unzählbaren Teil des Volkes zu Handlungen zwingen kann, denen er gesinnungsmäßig widerstrebt. Es offenbart nicht die hundertprozentige Zustimmung des deutschen Volkes zum System und zur Politik Hitlers, sondern lediglich den hundertprozentigen Terror.

Dieses Plebiszit war keine Feststellung und keine Enthüllung, es hat im Gegenteil, einen großen Vorhang vor den wirklichen Zustand und die wirkliche politische Gesinnung des deutschen Volkes gezogen. Es ist kein Zweifel, daß im Zusammenhang mit der Rheinlandbesetzung eine ungeheure nationalistische Welle in Deutschland hochgepeitscht worden ist — aber wie weit diese Welle über den Kreis der Anhänger des Systems hinausgegriffen hat, wie weit sie mehr geworden ist als ein Instrument des Terrors, ob und wie weit sie Friedensliebe und Kriegsfurcht in breiten Massen ertötet hat — darüber sagt das Ergebnis des Plebiszits gar nichts aus. Es läßt nur die Vermutung zu, daß dies System am Tage der Mobilmachung eine ungeheuere Kriegsbegeisterung in Erscheinung treten lassen kann, aber keine Aussage darüber, ob sie echt und dauerhaft sein wird! Es ist nicht echt, wie das ganze System nicht echt ist, so wenig echt, wie seine Schwüre und seine Ideologie. Es ist nur eine Verhüllung.

Und es sollte ja auch eine Verhüllung sein! Denn es gibt Gruppen in Deutschland, die die Politik des Hasardspieles mit dem Frieden mit Entsetzen und Furcht ansehen, es gibt eine tiefe Unruhe im Volke, das die katastrophalen Schwierigkeiten des Systems fühlt, es gibt schwere Beklemmungen des Systems selbst, es gibt Kampf und Parteilung innerhalb der Anhängerschaft des Systems, es gibt eine unversöhnliche Opposition gegen das System, es gibt illegale Organisationen. Das alles zu verdecken, das ist der eigentliche Sinn dieses Plebiszits gewesen. Und trotz alledem praktisch hundert Prozent? Nein, das sagt gar nichts! Ein Vorhang ist niedergegangen. Eine dunkle Wolke künstlichen Nebels hat sich über das unglückliche deutsche Volk, hat sich über die Mitte Europas niedergesenkt, aus dem die Ueberraschungsvorstöße des deutschen Kriegssystems gegen die heutige Ordnung Europas erfolgen sollen.

Fortdauer der politischen Krise

Nach der ersten Etappe des diplomatischen Großkampfes

Drei Wochen nachher: die »vollendete Tatsache« der Rheinlandbesetzung bleibt vollendet, und das ist bisher das einzige, das zählt. Die frühere neutrale Zone ist besetzt, die schon vorbereiteten Festungsarbeiten sind im Gange. Man kann die Bedeutung des dadurch herbeigeführten Umsturzes in den europäischen Machtverhältnissen gar nicht hoch genug veranschlagen. Machtpolitik hat ihre eigene Dynamik. Wie die Besetzung des Rheinlandes die unerbittliche Konsequenz der schrankenlosen, nur der Eigengesetzlichkeit des militärischen Anspruchs gehorchenden Aufrüstung war, so ist die Gewinnung dieser neuen Machtposition für Hitlers Außenpolitik nur der Ausgangspunkt für die Schaffung noch stärkerer. Sie ist nur Etappe, nicht Ende.

Der Festungswall am Rhein bedeutet

zunächst, daß die deutsche Diktatur für ein Vorgehen in Mittel- und Osteuropa ungleich stärker freie Hand hat als bisher. Hinter den Festungen genügt ein relativ kleiner Teil der deutschen bewaffneten Macht, um ein Vorgehen Frankreichs und damit zugleich Englands unmöglich zu machen, wenn Hitler einen neuen Sprung im Osten ausführt. Die Befestigung des Rheinlandes erfolgt nicht zum Schutze Deutschlands gegen einen englischen und französischen Angriff, an dem dort buchstäblich kein Mensch, keine Gruppe denkt. Sie erfolgt gegenwärtig auch noch nicht, um einen deutschen Angriff gegen den Westen auszuführen. Aber sie bewirkt, daß Zentral- und Osteuropa noch mehr als seit dem Beginn der Aufrüstung zum Ort der geringsten Widerstandskraft gegen deutsche Ansprüche wird, daß deutsche Angriffe leichter loka-

lisiert werden können, daß die westlichen Großmächte von den Entscheidungen im Osten ausgeschlossen, auf das westeuropäische Gebiet beschränkt bleiben.

Aber so bedeutsam diese unmittelbare Wirkung des Vorgehens Hitlers ist, vielleicht noch bedeutsamer können die mittelbaren werden. Die Stärkung der deutschen Machtstellung steigert ihre Anziehungskraft im selben Maße als sie die französische vermindert.

Alle bisherigen Machtgruppierungen im Osten waren auf der Voraussetzung der prompten englisch-französischen Interventionsmöglichkeit und ihrer militärischen Ueberlegenheit aufgebaut. Mit der Voraussetzung werden sich auch diese Gruppierungen ändern. Die bisherige Richtung der rumänischen Außenpolitik an der Seite Frankreichs ist keineswegs gesichert. Starke Strömungen, besonders in den obo-

Führer ohne Ziel

Was kommt nach dem Rausch?

ren Gesellschaftskreisen, widerstreben jeder Annäherung an Rußland und die deutsche Propaganda beutet die antibolschewistischen Tendenzen geschickt aus. Viel labiler noch ist die Außenpolitik Jugoslawiens, die vor allem durch den Gegensatz gegen Italien bestimmt ist, seit der italienisch-französischen Annäherung sich von der Politik Frankreichs und der Tschechoslowakei stärker distanziert und die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu Rußland ablehnt. Zudem fürchtet Jugoslawien die Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie und ihre Anziehungskraft auf die katholischen Kroaten noch mehr als den Anschluß Oesterreichs an Deutschland, der Italiens Angriffsmöglichkeit gegen Jugoslawien außerordentlich schwächen würde. Andererseits bietet Deutschland Jugoslawien starke handelspolitische Vorteile an und mag ihm im Falle eines Konflikts mit Italien die Rückgliederung der an Italien abgetretenen kroatischen Gebiete in lockende Aussicht stellen. Nimmt man hinzu die Stellung der revisionistischen, d. h. eine Aenderung der territorialen Friedensbestimmungen verlangenden Kleinstaaten Ungarn und Bulgarien, erinnert man sich der Haltung Polens, so zeigen sich die Umriss einer neuen Konstellation, in der Deutschland tatsächlich eine gebietende Stellung einnehmen kann.

Dazu kommt die Schwächung Italiens durch das abessinische Abenteuer. Dieses und seine Folgen, die Zerstörung der Abmachungen von Stresa, die Zerrüttung der Front der Locarnomächte, die Schwächung der militärischen Macht Italiens in Europa, haben ja überhaupt Hitlers Vorgehen ungemein erleichtert. Wie immer das abessinische Abenteuer aber auch ausgehen mag, eine schwere Erschütterung Italiens bleibt unvermeidlich. Denn die wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen des Kolonialkrieges werden sich, wenn der nationalistische Rausch verfliegt, erst recht geltend machen und den Gegenspieler Deutschlands im Kampf um Oesterreich mattsetzen.

Diese voraussehbaren Aenderungen der Machtentwicklung, die das Ende der Kleinen und der Balkan-Entente mit sich brächten, berauben nicht nur Frankreich und England ihrer bisherigen wichtigsten machtpolitischen Stützpunkte, sondern bedeuten darüber hinaus überhaupt das Ende der bisherigen Politik der kollektiven Sicherheit und des Völkerbundes. Denn diese Politik — das muß immer wieder betont werden — beruhte auf zwei Grundvoraussetzungen: einmal auf der Unverbrüchlichkeit der einmal geschlossenen Verträge, ohne die es eine Rechtssicherheit nicht geben kann, und zweitens darauf, daß alle im Völkerbund mitwirkenden Staaten in einer Beziehung wenigstens das gleiche Ziel verfolgen: die unbedingte Aufrechterhaltung des Friedens und die Aenderung bestehender Verträge ausschließlich durch das Mittel friedlicher Vereinbarung. Und nun stelle man sich einen Völkerbund vor, in dem das machtpolitisch so erstarrte, auf alle vertraglichen Abmachungen im Namen seiner Gleichberechtigung und höheren nationalen Sendung pfeifende Deutschland mit seinen Vasallenstaaten Sitz und Stimme hätte. Kann man sich wirklich einbilden, daß ein solches Gebilde, das Machtgruppen aggressivster Art in sich enthält, noch ein Friedensinstrument sein könnte, selbst wenn sein Statut auf dem Papier noch so ideal ausgestaltet wäre?

Man muß sich diese Entwicklungsmöglichkeit klar vor Augen stellen, um die diplomatische Aktion richtig beurteilen zu können, die seit dem 7. März eingesetzt hat. Die einzige Realität ist bisher die Erneuerung der Garantie Englands, Frankreichs und Belgiens gegen einen deutschen Angriff zu schützen. Die italienische Garantie steht noch aus und wird von dem Preis abhängen, den England und Frankreich unter den neuen Umständen bei der Beendigung des abessinischen Konflikts bewilligen werden. Aber daß England der Unterwerfung Frankreichs und Belgiens nicht ruhig zusehen kann, stand schon lange fest und dazu bedurfte es kaum eines neuen Papiers und nur in der Aufnahme von Generalstabsbesprechungen mag man eine gewisse Stärkung der französisch-belgischen Sicherheit sehen. Alle anderen Abmachungen der Locarnomächte sind bereits heute schon bedeutungslos geworden. Hitlers Hauch berührte sie und sie sind nicht mehr. Die französische Regierung forderte zunächst die Rückgängigmachung der Re-

Wir haben alle noch Kaisertage in Deutschland erlebt. Mit gestäubtem Schnurrbart, im Kürass oder als Husar verstand Wilhelm II. sich in Szene zu setzen. Adolf Hitler aber im schlichten Brauhemd kann es noch viel mehr. Nie hat ein Monarch die Straßen deutscher Städte so mit Geschrei zu erfüllen verstanden. Wir wollen es nicht bestreiten und noch weniger ihn beneiden, aber am allerwenigsten wollen wir die Schreier und ihren Götzen überschätzen. Wie schwer hatte es doch so ein Hohenzoller im Werben um die Volksgunst. Zwar umgab ihn gegen jede scharfe Kritik der Schutz des Majestätsbeleidigungsparagraphen, aber in Parlament, Presse und Versammlungen unterstand die Politik seiner Regierung dem öffentlichen Urteil. Wenn er durch die Städte des Landes fuhr, war das Volk frei, ihm zu huldigen oder nicht. Außer den Schulkindern wurde niemand gezwungen, sich als schreiender Chorus an den Straßenrändern aufzustellen.

In jener Zeit des Untertanentums brauchte niemand zu flaggen, der es nicht wollte. Wer nicht mochte, ließ es bleiben, und sehr viele mochten nicht. Das wenigstens wollen wir in rückschauender Erinnerung der preußisch-deutschen Monarchie nachsagen: Es wurde nie, selbst nicht in den fernen Tagen der Attentate

militarisierung — in Wirklichkeit auch der einzige Umstand, auf den es ankommt — und deren etwaige Erzwingung durch wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen. Die englische Regierung, in sich einig und zurückweichend vor einer öffentlichen Meinung, die durch pazifistische Organisationen, kirchliche Würdenträger und durch eine jahrelang fortgesetzte Wahldemagogie völlig irreführt ist, verhinderte jedes energische Vorgehen. Ein italienisch-englisches Truppenkontingent sollte eine schmale Zone der deutschen Grenze besetzen, Deutschland die Verpflichtung übernehmen, seine Truppen in der Rheinzone nicht zu vermehren und keine Befestigungen in der Zwischenzeit anzulegen. Dann sollten die Verhandlungen über eine neue europäische Ordnung, im wesentlichen auf Grund der Vorschläge Hitlers, beginnen. Die Haltung eines großen Teils der englischen Presse, an ihrer Spitze der »Daily Herald«, hat Hitler die Ablehnung dieser Vorschläge außerordentlich leicht gemacht. Da England zu einem energischen Vorgehen nicht entschlossen ist, Italien während der Dauer des abessinischen Abenteuers ausgeschaltet bleibt, so riskiert Hitler mit der Ablehnung zunächst nicht das Geringste. Es bleibt eben bei dem, was er will, dem fait accompli, der vollendeten Tatsache. Damit schließt die erste Etappe.

Noch jagen die sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs den Utopien nach, deren Gefangene sie seit dem Machtantritt Hitlers gewesen sind. Den sehr realen Machtschlägen der Diktatur setzen sie ihre idealen Forderungen entgegen: Stärkung der kollektiven Sicherheit, Abrüstung! Und unter ihrem maßgebenden Einfluß hat die gewerkschaftliche und politische Internationale in ihrer Resolution es wieder gesagt. Entgegenet man ihnen, daß die aggressiven Militärdiktaturen — Japan, das die neue europäische Verwirrung vielleicht zu einer stärkeren Bedrohung Sowjetrußlands auszunutzen trachtet, Italien und Deutschland — recht ungeeignete Partner für solche Vereinbarungen darstellen, dann erwidern sie, Abrüstung, kollektive Sicherheit müsse dann eben den Angreifer-Diktaturen auch gegen ihren Willen aufoktroiert werden. Ganz recht! Nur daß diese Aufzwingung unter dem Druck überlegener militärischer Macht erfolgen müßte, und gerade diese Konsequenz weigern sich bis jetzt die französischen Sozialisten und noch viel mehr die Labour Party anzuerkennen. Sie hatten es schon versäumt, als die deutsche Aufrüstung noch in ihren Anfängen war, als es noch keine Militarisierung der Rheinlande gab und die wirksame Verhinderung der Kriegsgefahr noch ein Kinderspiel gewesen wäre im Vergleich zu dem Risiko von heute.

Aber wie gesagt, Machtpolitik hat ihre eigene Dynamik und diese muß allmählich auch der Bedrohete anerkennen. In den Auswärtigen Aemtern Englands und Frankreichs erkennt man die drohende Ge-

auf den alten Kaiser und nicht bei nationalistischen Wahlparolen und nicht bei Kriegsausbruch, auch nur annähernd der Versuch gemacht wie jetzt, den einen Teil des Volkes in einen totalen Rausch den anderen in eine totale Unterdrückung zu versetzen. Das geschah erst im Namen Adolf Hitlers. Die Regie ist großartig, aber wir lassen uns doch keinen Augenblick durch sie täuschen, denn sie ist trotz allem so krankhaft wie ihre Urheber und wird daher, dessen sind wir ganz gewiß, auch drinnen im Reich die besten und gesündesten Teile unseres Volkes nicht dauernd erfassen.

Sogar für die Jugend gilt das, so laut jetzt ihre jubelnden Stimmen durch die Lautsprecher zu uns dringen. Noch singt und marschiert sie nur und schwenkt ihre Wimpel und ihre Fahnen. Nach einiger und nicht langer Zeit wird gerade die heraufsteigende Generation ein anderes und höheres Ziel haben wollen, als neue Garnisonen an der Mosel und am Rhein. Wir stellen gelassen fest, daß dieser »Wahlkampf« nirgends ein großes Ziel über diese Tage hinaus gewiesen hat. Daß der Hitlerismus im Grunde ohne Idee ist, sogar ohne irgend eine nationalsozialistische, ist durch diese Wahlreden noch einmal und gründlich be-

fahrt in ihrem ganzen Umfange. Trotz aller deutschen Propaganda, trotz des tiefen, vor der Zukunft oft krampfhaft die Augen verschließenden Friedensbedürfnisses des französischen und englischen Volkes scheint uns eine gewisse Aenderung in der öffentlichen Meinung beider Länder bevorzustehen. In England hat die Regierung an den militärischen Abmachungen mit Frankreich festgehalten und die Labour Party hat sich wohl nicht ungern dem gefügt. Sie selbst hat auf die Gefahr, die von Osten heraufzieht, deutlich hingewiesen, wenn sie auch noch nicht so weit ist, um die wirksamen Mittel zu deren Beschwörung zu akzeptieren. Die französische Regierung hält bis jetzt an ihrem Standpunkt, daß die Remilitarisierung und namentlich die Befestigung des Rheinlandes die Kriegsgefahren außerordentlich erhöht, fest und die Locarnomächte sind zu einer neuen Konferenz einberufen. Die erste Etappe hat ohne wesentliches Ergebnis abgeschlossen. Mit unverminderter Schärfe dauert die Krise fort.

Dr. Richard Kern.

Die Männer „Seines“ Vertrauens

Die Abgeordneten des deutschen Reichstags, die jetzt »gewählt« worden sind, haben keine andere Funktion, als für wichtige Beschlüsse und Reden von größerer Bedeutung, die der »Führer« vom Stapel läßt, die Staffage abzugeben. Von einer ernsthaften Tätigkeit, und sei sie auch nur beratender Natur, kann bei diesen Mamelucken nicht die Rede sein. Sie werden durch Ernennung gewürdigt, für eine gelegentlich geräuschvolle Untätigkeit ein gutes Gehalt und die Reichsbahnfreikarte einstreichen zu dürfen. Sind es die immer noch zum großen Teil stellungslosen alten Kämpfer, die sicher ebenso zuverlässig wie andere sind, die auf diese Weise einen auskömmlichen Ehrensold erhalten? Keineswegs — sämtliche 1033 Reichstagskandidaten, von denen nur etwa Zweidrittel »gewählt« werden, sind in Amt und Würden und können die sauererworbenen Diäten als reinen Zuschuß zu ihren sonstigen Einnahmen buchen, und ihre Stellungen sind zum größten Teil nicht schlecht.

Weit über 50 Prozent der Kandidaten sind Beamte des öffentlichen Dienstes, bezahlte höhere Partei- und SA- und SS-Funktionäre. 250 von ihnen haben sogar Doppelberufe oder Doppelfunktionen inne. Den Löwenanteil von 226 oder 21,9 Prozent der Kandidaten stellen die höheren und mittleren Parteifunktionäre; dann kommen die Beamten mit 199 oder 19,3 Prozent aus dem höheren und mittleren und mit 22 oder 2,1 Prozent aus dem unteren Dienst. SS und SA stellen mit ihren höheren Chargen 161 oder 15,6 Prozent der Kandidaten; ein einziger niedriger SA-Funktionär prangt auf der Liste. Die übrigen nationalsozialistischen Organisationen (Hitler-Jugend, Arbeitsdienst, Reichsanführerstand, Reichsluftschutzbund, NSV usw.) stellen noch einmal 80 oder 7,7 Prozent der Kandidaten, so daß hiermit schon 66,6 Prozent aller Kandidaten, also volle zwei Drittel erfaßt sind. Hierzu

wiesen worden. Am meisten durch Hitlers Dröhnen selbst. »Gott läßt seiner nicht spotten«, sagen die Frommen. Keine göttliche Idee läßt ihrer spotten. Am wenigsten der Sozialismus läßt sich auf die Dauer in einen Phrasennebel auflösen. Nie hatten wir Sozialisten weniger Grund kleinmütig zu sein als jetzt. Hitlers gerissene Propagandisten können ihn in kurzen Fristen noch zu Gott oder wenigstens zu Gottes Sohn ausrufen lassen. So hoch sie ihn aber auch in die Wolken erheben, die Erde und ihre Wirklichkeit bleibt. Für keines der großen drängenden innerdeutschen Probleme weiß Hitler eine Lösung. Er wagt sich an keines heran. Ja, er redet nicht einmal mehr darüber. Die Periode der nationalistischen Abenteuer geht aber, sei es friedlich oder kriegerisch, für Deutschland zu Ende, während der Sozialismus als größte Aufgabe bleibt für unsere Nation. Nichts kann uns in unserem Glauben erschüttern, daß die klügsten und besten Teile der deutschen Jugend an ein sozialistisches Deutschland denken, wenn sie Heil rufen und singend marschieren. Daß aber Sozialismus nicht möglich ist, ohne das sozialrevolutionäre Niederkämpfen kapitalistischer Vorrechte, wird die Welt der Tatsachen gerade diese Jugend in heranziehenden Stürmen lehren.

kommen noch die ausschließlich aus der hohen und höchsten Bürokratie genommenen Kandidaten der Deutschen Arbeitsfront, mit 30 oder 2,9 Prozent. Etwas wenig, aber verständlich, wenn man bedenkt, daß die Kandidaten, die als ihren Erwerbsberuf den »Stand« des Arbeiters bezeichnen, von allen Berufsständen der »Volksgemeinschaft« nur mit 18 oder 1,7 Prozent vertreten sind, die Privatangestellten mit 23 oder 2,1 Prozent. Allerdings sind dabei diejenigen Kandidaten nicht mitgerechnet, die aus Pietät neben irgendeiner hohen Funktion im Apparat der neuen Großverdiener, wie »SS-Standardführer« noch den »Nebenberuf« des Arbeiters oder Angestellten angegeben haben. Davon gibt es immens noch 30, nämlich 13 »Arbeiter« und 17 »Angestellte«. Auch sonst darf man den Angaben der Herren nicht ganz und gar trauen, denn der stellvertretende Gauleiter von Nürnberg, der »Vize-Blutзар« von Franken, Karl Holz, bezeichnet sich in der Kandidatenliste schlicht und einfach als Buchhändler. Die nicht direkt im Partei- oder öffentlichen Dienst befindlichen Erwerbstätigen unter den Kandidaten setzen sich weiterhin zusammen aus 32 Großunternehmern, Direktoren und Syndik gleich 3,1 Prozent, 24 Großgrundbesitzern oder 2,2 Prozent — das sind immerhin beträchtlich mehr als Arbeiter und Angestellte zusammen. Dann kommen 68 Bauern, darunter eine erhebliche Anzahl Erbhofbesitzer, also 6,7 Prozent, 69 Angehörige der freien Berufe gleich 6,8 Prozent, 71 Angehörige des Mittelstandes gleich 6,9 Prozent und zum Schluß — die Armen — noch 7 pensionierte Offiziere (0,7%), die keine bezahlte Stellung mehr neben ihrer Pension mehr erlangt haben.

Das sind die Männer »Seines« Vertrauens!»

Die Gefahr

Vor dem Kölner Schnellgericht stand ein Angeklagter, der einige Wahlzettel von der Mauer gerissen haben soll. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von 6 Wochen, und zwar mit der Begründung,

»daß eine gründliche Abschreckung erfolgen müsse, weil die Tat des Angeklagten die Ruhe und die Ordnung des Volkes hätten gefährden können.«

Seltzam, wie leicht »Ruhe und Ordnung des Volkes« zu stören sind, eines Volkes, das angeblich mit 99prozentiger Begeisterung hinter »dem Führer« steht! Wenn das Abreißen schon einen ganzen Staat erschüttert — was wäre erst geschehen, wenn andere Parteien als die nationalsozialistische Wahlzettel hätten anklieben dürfen!

Die Gemeindekasse

In jüngster Zeit sind verschiedene deutsche Gemeinden dazu übergegangen, den monatlichen Jungvolk-Beitrag für solche Kinder, die der braunen Jugendorganisation bisher aus Geldmangel fernblieben, aus der Gemeindekasse zu bezahlen. Einfacher wäre es wohl gewesen, wenn das Jungvolk den Beitrag erlassen hätte — einfacher, aber weniger reizvoll, denn gerade die Gelder der Steuerzahler sind bei allen braunen Organisationen außerordentlich beliebt und begehr.

Hitler bei Krupp

Kritische Arbeiter.

Da sprach also Hitler in der riesigen Kruppischen Maschinenhalle. Zuhörer war, wenn wir die massenhaft kommandierten Formationen abrechnen, die hochbezahlteste deutsche Arbeiterschicht, waren qualifizierte Arbeiter, die einen gewissen Anteil an der Staatskonjunktur haben. Brachen Sie nun in die berühmten nicht endenwollenden Beifallsstürme aus? Nichts rührte sich, als der »Betriebsführer« Krupp von Bohlen-Halbach die Gemeinschaft der »Kruppianer« feierte und »meinen Führer« anschnuste. Keinerlei Beifallsregung, als der Unternehmer der größten Waffenschmiede das Lied von der Dankbarkeit für Hitler anklängen ließ.

Dann kam ER selbst. Es gab die üblichen Deliriumsversuche der Uniformierten. Die große Mehrzahl der Arbeiter blieb ruhig. Von ekstatischer Begrüßung keine Spur. Eine Viertelstunde lang mühte sich Hitler um Zustimmung: sie blieb vollkommen aus, solange er in begrifflicher Weise sehr allgemeinen Wendungen von seinen angeblichen Erfolgen in der Wirtschaft und in der Gemeinschaft sprach. Die proletarische Zuhörerschaft war kühl, ja kalt. Da plötzlich wechselte Hitler, der offensichtlich für diese in ganz Deutschland abgehörte Arbeiterkündigung ursprünglich ein anders Konzept hatte, das Thema. Er ließ wortwörtlich die nationalsozialistischen Schlagwörter los, mit denen er in seinen bisherigen Wahlversammlungen Erfolge erzielt hatte, und wir wollen zugeben, daß sie auch in den Kruppischen Werken nicht ohne Widerhall blieben. Nicht entfernt aber kam es bei den Arbeitern zu den nationalistischen Ekstasen, wie sie etwa aus Karlsruhe, aus München und aus Breslau mit ganz anderem Publikum zu uns drangen. Wirklich demonstrativ war die Zustimmung nur an den wenigen Stellen, in denen Hitler die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes proklamierte, die eben in keiner Schicht so stark und ehrlich ist wie bei den deutschen Arbeitern.

Es mußte auffallen, wie sehr sich Hitler vor diesen Arbeitern hütete, in die soziale Schönfärberei und das verlogene Reklametüten über Arbeitsfront, Kraft durch Freude und ähnlicher »Errungenschaften« einzustimmen. In seinem Eifer, den kritisch gestimmten Arbeitern wenigstens einige ehrlich klingende Sätze sozialen Inhalts zu sagen, rief er in einer gegen den Krieg gerichteten Rede plötzlich aus, daß Millionen Menschen in Deutschland keine guten Kleider hätten, ja vielleicht hungern müßten! Jeder in dem Riesenraum wird in diesem Augenblick an die verlogene Behauptung des Winterhilfswerks gedacht haben, daß im Dritten Reich niemand zu hungern und zu frieren brauche. Arbeitern kann man eben auch nach dreijährigen totalen Verbildungsversuchen so etwas noch immer nicht zu bieten wagen. Selbst wenn jeder auch der bescheidenste Zwischenruf unmöglich ist. Erzwungenes Schweigen aber ist nicht Zustimmung, und der Mißbrauch nationalen Freiheits- und Rechtsgefühle kann die Hohlheit der Reden nicht ausfüllen: Hitler hatte den Arbeitern, und nur zu ihnen wollte er an diesem Tage sprechen, nichts zu sagen, nicht ein einziges Wort über Weg und Ziel ihrer sozialen Gleichberechtigung und Befreiung. Wohl aber schränkte er ein paar mal seine übliche politische Verlogenheit ein. So als er, vom Niederbruch am Ende des Weltkrieges und vom Versailler Vertrag sprechend, nicht etwa die Dolchstoßanklage hinausgeschleuderte, sondern plötzlich einmal auf sein Pharisäertum verzichtete und in der Rolle des Abgeklärten versicherte, alle seien wir an diesem Unglück schuld und keiner habe dem anderen etwas vorzuwerfen!

Ein neuer Ton, der jedenfalls soviel lehrt, daß die Millionen sozialistisch geschulten Arbeiter geliebt sind, was sie waren und sie auch keine Hitlerpropaganda zu ihren Legenden bekehren kann. Pathetisch schloß Hitler: »Richten kann mich nur das deutsche Volk.« Dazu kann man nur Amen sagen. Noch freilich ist es lange nicht so weit. Das deutsche Volk beginnt erst mit der Urteilsbildung. Es wird auch noch zum Urteilsbeschuß und in Freiheit zur Exekution des Urteils kommen.

Der Festsaal

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« vom 18. März 1936 veröffentlicht eine Beschreibung einer »Ehrenhalle«, die im Berliner Rathaus eingebaut wird. Darin heißt es:

»Dennoch steckt in der Gestaltung des Grundrisses ein Fehler. So zweckmäßig das Rathaus für den täglichen Besuch der in ihm Arbeitenden und der dort Rat suchenden Berliner eingerichtet ist, so wenig glücklich ist die Anordnung der Festräume — vielleicht ein Be-

Ausbeutungsfreiheit über Wehrfreiheit

Reprivatisierung der Schwerindustrie

Die englische Regierung hat einen großzügigen Plan zur wirtschaftlichen Aufrüstung entworfen. Darnach sind in diesem manchesterlichen, staatlicher Bevormundung abgeneigten Lande die stärksten staatlichen Eingriffe in die private Industrie vorgesehen. In Hitlerdeutschland, wo bekanntlich Erz wichtiger ist als Butter und alle anderen Interessen der Wehrfreiheit untergeordnet sind, geschieht gerade das Umgekehrte. Das Reich gibt seinen Einfluß auf das gewaltigste deutsche Rüstungsunternehmen, die Vereinigten Stahlwerke, preis. Das bekommen die Leser deutscher Zeitungen nicht zu erfahren, offenbar, damit ihre nationale Begeisterung nicht Schaden nehme. Nur das Ausland darf wissen, daß das Reich sich vom Stahltrust eine maßgebende Beteiligung in Gestalt von 100 Millionen Mark Aktien abkaufen läßt. Ende 1933 hatte das Hitlerreich 140 Millionen Mark Aktien des Stahltrusts zu einem Ueberpreis erworben, um damit Fritz Thyssen als Belohnung für seine Treue zum Führer ein Geschenk zu machen, das der stark überschuldete Stahltrust gut brauchen kann. Man sollte meinen, daß die Wehrfreiheit die schärfste staatliche Kontrolle der Rüstungsbetriebe bedingt. Zur gleichen Zeit aber, da Hitler mit dem Einmarsch ins Rheinland der Welt den Kriegsschrecken einjagt, wird der stärkste Rüstungsbetrieb vom staatlichen Einfluß befreit und völlig privatisiert.

Zu welchem Kurs der Stahltrust dem Reich seine eigenen Aktien bezahlt, ist nicht bekannt. Zur Zeit, als das Reich die Stahltrustaktien gekauft hatte, war der Kurs etwa 35 Prozent, jetzt bewegt er sich um 85 Prozent. Wenn das Reich nicht einen Ueberpreis bezahlt haben würde, hätte es die Aktien zum damaligen Börsenwert von 35 Millionen kaufen können, und es könnte sie, wenn jetzt der richtige Preis bezahlt würde, mit 85 Millionen Mark verkaufen, also 50 Millionen Mark gleich 150 Prozent verdienen. Aber es ist nicht einzusehen, warum das Dritte Reich, das vor zwei Jahren einen Ueberpreis bezahlt hat, jetzt nicht mit einem Unterpreis vorlieb nehmen sollte.

Welche Motive liegen dem Geschäft zu Grunde? Man könnte meinen: Geldnot. Da sein Kredit erschöpft ist, Anleihen nicht

unterzubringen sind, verkauft das Dritte Reich wie ein Bankrotteur seine Vermögenswerte. Aber in dem Ozean der Reichverschuldung sind selbst 85 Millionen nicht viel mehr als ein Tropfen. Der Geldbedarf ist also wohl Nebensache und die Preisgabe des Reichseinflusses die Hauptsache. Der Stahltrust verschafft sich den Kaufpreis durch Verkauf des Aktienkapitals der Essener Steinkohlenbergwerke A. G. Zum Kauf hat sich eine Gruppe von Banken zusammengetan, bestehend aus der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Berliner Handelsgesellschaft. An zweien von ihnen ist das Reich seit dem großen Bankenkrah vom Juli 31 maßgebend beteiligt, an der Deutschen Bank und der Dresdner Bank. Die unter Reichseinfluß stehenden Banken geben also die Mittel her, um den Reichseinfluß auf das zweitgrößte Industrieunternehmen Deutschlands auszuschalten. Der Stahltrust soll verpflichtet worden sein, die zurückgekauften Aktien einzuziehen, also das Aktienkapital von jetzt 560 auf 460 Mill. herabzusetzen. Das wäre für diesen stark überkapitalisierten Konzern eine hübsche Sanierungshilfe, die es ihm ermöglicht, im nächsten Jahre mit höherer Dividende aufzuwarten. Aber was fangen die drei Banken mit Kohlenbergwerken an? Näheres weiß man über das Geschäft nicht, aber es klingt plausibel, daß die Banken nur Kreditgeber sind, der wirkliche Käufer aber Herr Flick. Er ist ein Favorit des Dritten Reiches. Es war ihm unter Hitlers Regierung gelungen, seine Konzernmacht gewaltig zu vergrößern. Mit den aus dem Besitz der Vereinigten Stahlwerke erworbenen Mitteldeutschen Stahlwerken als Basis beherrscht er die gesamte mitteldeutsche Stahl- und Eisenproduktion. Außerdem verfügt er über die Harpener Bergbau-A.-G., eine der größten und ertragreichsten deutschen Bergwerksunternehmungen. Der Erwerb der Essener, noch dazu auf Pump, wäre also eine hübsche Abrundung. Sie würde Flick zum größten deutschen Steinkohlengrubenbesitzer machen.

Warum Schacht solche Geschäfte macht? Er erhofft zwecks Konsolidierung der unerlösten Pumpwirtschaft den Abbau der Aufrüstung und will das Großkapital für den Fall, daß die latente Krise der Staatskonjunktur in eine offene Krise umschlägt,

durch Verstärkung seiner wirtschaftlichen Macht sichern. Ihm jedenfalls geht Ausbeutungsfreiheit über Wehrfreiheit. G. A. F.

In den Spuren von Stinnes

Nach anderen glaubwürdigen Darstellungen handelt es sich nicht um einen Einzelfall, sondern um eine Methode der Geldbeschaffung, die systematisch angewendet werden soll, weil andere versagen, oder weil Steuererhöhungen der Großindustrie den ohnehin schwindenden Geschmack an der »Staatskonjunktur« verderben könnten. Am Kauf der Stahltrustbeteiligung soll Flick nur zur Hälfte, zur anderen Hälfte der Farbentrust beteiligt sein. Danach soll der Kaufpreis nicht durch Bankkredit, sondern durch Aufrechnung gegen unbezahlte Aufrüstungsschulden aufgebracht werden. Inzwischen soll in aller Stille der Verkauf der Reichsbeteiligung an der Deutschen Bank und der Deutschen Werft erfolgt und beide völlig reprivatisiert worden sein. Herr Schacht will jede Gelegenheit benutzen, um die Kontrollpositionen, die das Reich zur Stützung verkrachter Großunternehmungen erworben hatte, zu liquidieren. Schacht schützt auf diese Weise das Großkapital vor dem Steuerzahlen und verhilft ihm zugleich zu einer Art Flucht in die Sachwerte.

Er gibt den »Wirtschaftsführern« Gelegenheit, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden, sich der faulen Schuldscheine des Dritten Reiches zu entledigen und sie zugleich in verstärkte industrielle Monopolmacht zu verwandeln. Selbst wenn das Reich alle seine industriellen Beteiligungen und noch dazu den reichseigenen Industriebesitz selbst — in Betracht kämen zum Beispiel die in der Zeit der Aufrüstungskonjunktur besonders wertvollen Aluminiumwerke — versilberte, wäre damit der Chimborasso der Staatsverschuldung nicht abgetragen. Der Vorgang beweist jedenfalls, daß weder die Industriegewaltigen noch Schacht selbst Vertrauen zur wirtschaftlichen Zukunft des Dritten Reiches haben. Sonst würde er nicht so eifrig bemüht sein, sie aus der Verstrickung in die Pumpwirtschaft des Dritten Reiches zu lösen, sie zugleich vor den aus der noch immer drohenden Abwertung erwachsenden Verlusten zu schützen und vor den Folgen der »Staatskonjunktur« zu sichern.

weis, dafür, daß Berlin, die Stadt der Arbeit, bei dem Bau seines Rathauses nur an die Tagesarbeit und erst ganz zuletzt an festliche Empfänge gedacht hat. In der Vorkriegszeit und auch jetzt war es bei Besuchen und Empfängen nicht ohne Schwierigkeit, die Gäste der Stadt von der Haupttreppe in die Fest- und Empfangsräume zu begleiten. Die breite, vom Vorsaal zum Bürgersaal emporführende Treppe hat diesen Zusammenhang zerrissen. Der große Festsaal liegt seitab und auch die Räume der leitenden Männer der Stadtverwaltung waren von der Haupttreppe gänzlich abgeschnitten und nur auf Umwegen oder durch die Seitenportale zu erreichen. Diesem Uebelstand wird jetzt erfreulicherweise ein Ende gemacht.

Hat nicht die braune Propaganda die republikanische Stadtverwaltung immer verleumdet, daß sie öffentliche Gelder verschwendet habe, und ist es nicht der Obernaziläppert, der — zum Oberbürgermeister geworden — ein nicht zu bändigendes Verlangen nach einem neuen Festsaal hat?

Nach dem Prinzip »Blut und Ehre«

In einem Betrieb in Regensburg gerieten der 16 Jahre alte Anton Fumy und der 15-jährige Johann Lichtl wegen einer Arbeit, die keiner verrichten wollte, in Streit. Fumy warf mit einem Holzseil nach seinem Arbeitskameraden. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den beiden, in dessen Verlauf Fumy plötzlich zu einem sogenannten Dreikantschalschaber griff und damit dreimal mit aller Wucht auf Lichtl einstach. Der Junge wurde in die Herz-, Lungen- und rechte Nierengegend getroffen und so schwer verletzt, daß er schon wenige Minuten nach seiner Einlieferung in das evangelische Krankenhaus an innerer Verblutung verschied. Der Messerheld wurde sofort verhaftet.

Warum nicht zum Gruppenleiter der Hitlerjugend ernannt?

Schwindel und Wahrheit

Während der sogenannten Wahlbewegung sollen zahlreiche Kommunisten reuigen und

bekehrten Herzens Briefe an den Führer in die Reichskanzlei gerichtet haben. Einige in den nazistischen Zeitungen veröffentlichte Proben waren allerdings hinsichtlich ihrer Echtheit noch weniger überzeugend als etwa das Hindenburg-Testament. Inhaltlich und stilistisch waren es Zeichen journalistischer Routine. Die Leute, die diese Briefe erfanden oder sie irgend welchen gebrochenern armen Teufeln in die Feder diktierten, haben von der Denk- und Schreibart deutscher Arbeiter nie eine Ahnung gehabt. Immerhin war aus den Einleitungen zu diesen Briefen und aus der einen oder anderen Wahlrede zu erkennen, daß man den Marxismus noch immer nicht für ausgerottet hält. Viel weiter ist schon der Präsident der Deutschen Arbeitsfront Dr. Robert Ley. Er sieht in den Betrieben überhaupt nur noch Nationalsozialisten. Von seiner Wahlrede hat er über die Stimmung in den Betrieben erklärt: »Ich habe heute die feste Ueberzeugung, daß diese Menschen in den deutschen Betrieben bis ins Innerste von der Idee Adolf Hitlers erfaßt, ja daß sie von dieser Idee geradezu besessen sind. Ich glaube also, daß meine Betriebsbesuche als ein Barometer für das Eindringen des Nationalsozialismus in die Betriebe und in die dort arbeitenden Menschen gewertet werden können. Der deutsche Arbeiter hat die Reichstagsrede vom 7. März 1936 nicht nur restlos begriffen, sondern er dankt dem Führer für diese Rede aus übervollem Herzen.«

Wie sonderbar ist es, daß man die infolge dessen zu erwartende einstmäßige Wahl nationalsozialistischer Vertrauensräte kurzerhand auf lange hinaus vertagt hat! Wie eigentümlich, daß man diesen einmütig nationalsozialistischen deutschen Arbeitern nicht erlaubt, sich in eigener freier Presse über ihre Begeisterung für den »Führer« und seine Idee zu äußern! Wie unverständlich, daß nicht landauf landab unzweifelhaft echte Arbeiter frei und unabhängig Versammlungen einberufen, um sich zum Nationalsozialismus zu äußern! Wie unbegreiflich, daß fast die

gesamte nationalsozialistische Parteibonokratie, einschließlich der in der Arbeitsfront, daß auch die Journalistik der Partei so gut wie ganz unter Ausschluss proletarischer Kräfte lebt. Man sollte doch meinen, daß gerade die Heranziehung von durch Hitler zum rechten Glauben erleuchteten ehemaligen Marxisten propagandistisch wirksam und mitreißend wäre. Nichts von alledem! Man rühmt den Nationalsozialismus der deutschen Arbeiter und verbindet ihnen zugleich den Mund, damit sie ihren Sozialismus nicht ins Reich rufen können. Aber wenn das Brüllen und Tosen der Propagandaschlachten noch mehr gesteigert werden könnte, was kaum denkbar ist, wird sich als richtig offenbaren, was die deutsche Spruchweisheit sagt: »Man kann die Wahrheit drücken, aber nicht erdrücken.«

Idylle

Im Luftschutzraum selbst bot sich ein recht »gemütliches« Bild. Da saß ein kleiner Steppke vor einem »Kanarienvogelbauer mit Inhalt«, ein Mädel hielt mit beiden Armen ihren Teddybär umklammert, ein drittes Kind übertrug seine ganze kindliche Sorgfalt einem kleinen Stoffhund. Alle aber schienen guter Dinge zu sein, denn als das Mikrophon des Reichssenders mit Günther von der Burchardt und Stein in den Raum eindrang, erzählte der kleine Steppke vor dem Kanarienvogelbauer mit durchaus nicht schüchternen Stimmchen, daß das neben ihm sitzende Mädel sein zweijähriges Schwesterchen wäre, daß beide keineswegs »Angst hätten« und daß es ihnen im Luftschutzraum ausgeweiht gefalle... Selbst die Erwachsenen konnten sich eines herzhaften Lächelns nicht erwehren. Die Verletzte wurde während dieser Zeit sorgfältig verbunden, um dann nach der ersten Hilfe zur Rettungsstation geschafft zu werden.

(Aus dem Bericht der »Preussischen Zeitung« über eine Luftschutzübung in Königsberg.)

Die Hölle der Profitwirtschaft

Flucht der Gewerbeaufsicht in die Öffentlichkeit

Alle uns zugegangenen Berichte vertrauenswürdiger Personen aus der früheren politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands bestätigen immer wieder, welche wahrhaften Orgien seit Beginn der »Einlenkung« und der auf Pump angekurbelten Rüstungsindustrie die Ausbeutung des Arbeitnehmers im Dritten Reich feiert. Erst ganz vor kurzem schrieb uns ein freigewerkschaftlicher Metallarbeiter-Funktionär von früher, daß er persönlich seit über einem Vierteljahr einen freien Sonntag in seiner Fabrik nicht mehr kenne. . . Wir erwähnen nur das eine Beispiel unter tausend gleichen Symptomen. Was aber, wenigstens für die Aufmerksamkeit der nicht-sozialistischen Umwelt rings um das Dritte Reich, fast als noch wichtiger erscheint: Auch objektive, nur mittelbar interessierte Instanzen können jetzt »augenscheinlich nicht mehr länger mit dem wahren Zustand der Dinge — trotz aller Staatsraison, der auch sie sich nicht entziehen möchten oder könnten — hinter dem Berge halten! Die früher katholisch-sozialistische Fachzeitschrift »Soziale Praxis« tritt in der Tat jetzt mit ihrer — wie ein Hilfschrei wirkenden — Kommentierung und Kritik der Generalberichte der deutschen Gewerbeaufsicht über das Jahr 1935 — von uns bereits in einem Beitrag des »N. V.« in einer früheren Ausgabe zitiert — eine förmliche Flucht in die Öffentlichkeit an. Ihrem ersten Artikel zum Gegenstand hat sie jetzt (Nr. 8 von diesem Jahrgang) einen weiteren folgen lassen. Er befaßt sich in der Schilderung des wirklichen sozialen Zustandes, wie ihn die Gewerbeaufsichtsbeamten der einzelnen Länder des Reiches antreffen, gewiß — wie übrigens die Berichte auch selbst — all jener Beschönigung und diplomatischen Ausdrucksweise, die von Gestapo wegen gefordert wird. Immerhin: was da bleibt — und zwar nicht als Anklage eines beteiligten und betroffenen Proleten, sondern als Dienstfeststellung zu den Akten des jeweiligen Gewerbeaufsichtsbeamten — ist himmelschreiend genug! Hitler hat aus Deutschland eine Hölle spätkapitalistischer Ausbeutung gemacht!

Mit der Proklamation der Einführung des Achtstundentages in Deutschland begannen bekanntlich seinerzeit die Volksbeauftragten der Revolution von 1918 ihre Tätigkeit. So verwurzelt mit dem gesamten Volksdenken und auch mit dem nationalen Bedürfnis war diese alte sozialdemokratische und gewerkschaftliche Forderung, daß es damals geradezu als kindisch erschienen wäre, bei diesem einfachsten und selbstverständlichsten Gebot der Zeit erst eine kompliziertere Gesetzesvorbereitung, wie bei allen anderen politischen und sozialen Fragen, in Gang zu setzen. Wie steht es um den Achtstundentag heute in Deutschland? Wir zitieren die deutschen Gewerbeaufsicht an Hand des Beitrages in der »Sozialen Praxis«:

»Merkwürdigerweise scheint sich an vielen Stellen zunächst die Meinung festgesetzt zu haben, daß Reichsaufträge, als unmittelbar der Nation dienend, von jeder Beschränkung der Arbeitszeit befreit seien. Zehn- bis zwölfstündige Beschäftigungsdauer konnte in solchen Fällen mehrfach festgestellt werden. Auch die Furcht, man könne bei Einhaltung der gesetzlich oder vertraglich gestalteten Arbeitszeit einen Auftrag nicht erfüllen, hat nicht selten zur Überschreitung der Bestimmungen geführt. Alles in allem hatten sich z. B. nach dem bayrischen Bericht (Anmerkung der Redaktion: Im Lande Bayern hat die alte Bürokratie noch am stärksten den Partei-Nazis den Zutritt zu den Ämtern verwehrt, deshalb darf auch hier der Beamte trotz äußerlicher Gleichschaltung eher schon eine Lippe riskieren!) die Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften über die werktägliche Arbeitszeit auf unerfreulicher Höhe gehalten und sich bei der Beschäftigung von Frauen und Kindern (!!) eher noch vermehrt.«

Mit dünnen Worten wird hier zugegeben, daß praktisch der Achtstundentag kaum noch in Deutschland besteht; anders und deutlicher, als geschehen — wenn er nicht sofort geschafft werden will — kann sich ja wohl der Beamte im Dritten Reich gar nicht ausdrücken! Noch bemerkenswerter ist aber die Feststellung, daß es das politische System selbst ist, daß die Unternehmer zu brutaler Ausnutzung ihrer Herrenstellung direkt ermutigt und anhält: der enge Zusammenhang nämlich zwischen staatlich-politischem Auftraggeber und dem privaten Unternehmer, der den Bonzen ganz oben grade als prompt liefernder Fabrikpotenzial genähert sein will, zumal das auch dem Protektorenal frömt,

der unmittelbare Kausalkonnex also zwischen künstlicher Staatskonjunktur und Ausbeutungsgrad ist hier mit aller wünschenswerten Klarheit formuliert!

Freilich, alle deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten fühlen sich verpflichtet, dennoch und trotz allem an diesem Punkt gewissermaßen das System selbst herauszuheben, indem sie nämlich fast alle betonen, daß es ja die Belegschaften meist selbst wären, die aus Lohngründen und sehr materiellen Motiven die Unternehmer sogar direkt bestürmten, zehn oder zwölf Stunden am Tage arbeiten zu lassen. Wer zweifelt daran, daß das zutrifft — unter der Voraussetzung, was man oben unter der sogenannten »Gefolgschaft« verstehen will. Das ist es ja eben, daß durch die Nazi-»Vertrauensleute« die Demoralisation in die Arbeiterschaft mit Gewalt hineingetragen worden ist! Das ist es ja eben, daß auf jeder Bekundung wirklich gewerkschaftlicher und wahrhaft kameradschaftlicher Gesinnung Zuchthaus, Brotlosigkeit, Totschlag im Kasset steht. Das System hat es freilich fertig gebracht, den indifferenten deutschen Arbeiter zum Kuli — nicht nur physisch, sondern auch intellektuell und moralisch — zu machen! Aber ist es damit entschuldigt?

Unter Berücksichtigung aller demütigenden und peinlichen Umstände, unter denen sich sowohl dienstliche Rapporte der Beamten, wie redaktionelle Bemerkungen einer Schriftleitung dazu im Dritten Reich sich vollziehen müssen, führe man sich folgende weitere Skizzierung der wahren Zustände aus den Berichten der amtlichen Kontrolloren zu Gemüte:

»Leider muß man den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten entnehmen, daß noch immer einzelne Arbeitgeber versuchen, Frauen mit solchen verbotenen Arbeiten zu beschäftigen, die dem weiblichen Körper im höchsten Grade unzutraglich sind, wie das Beladen von Wagen in Ziegeleien, die Befeuern von Ringöfen, Arbeiten in noch heißen Öfen der keramischen Industrie, Arbeiten an der Säge, Anstreicherarbeiten mit giftigen Substanzen, Bauhilfsarbeiten und Heben schwerer Lasten, wobei in Bayern sogar einige Schwangere betroffen wurden.«

Und wie schauerlich hat sich seit Hitler das soziale Bild gegenüber dem im »korrupten« Wohlfahrtsstaat der Weimarer Republik verändert, wenn man weiter folgendes zur Kenntnis zu nehmen hat:

»Was die Arbeit von Schwangeren angeht, so stellen die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten wiederum (!) übereinstimmend fest, daß von der Möglichkeit, sechs Wochen vor der Niederkunft ohne Verlust des Arbeitsplatzes mit der Arbeit aufzuhören und auch sechs Wochen nach der Niederkunft ihr fernzubleiben, im allgemeinen wenig Gebrauch gemacht wird. Verschiedentlich wurde sogar festgestellt, daß die Arbeiterinnen die Zeit ihrer Niederkunft geheim halten, um keinen Verdienstausschlag zu erleiden.«

Ja — aber wie sollte es auch anders sein — im allgemeinen? Wenn die Wurst auf dem Brot für die Werktätigen kaum noch erschwinglich ist — dank Darres Blut- und Boden-Agrarpolitik — wenn die Hausherrn täglich unverschämter werden dürfen, da die Gemeinden keinen öffentlichen Wohnbau mehr betreiben dürfen, wenn täglich einer kommt

und offeriert seine Plaketten zu irgend einem »nationalen Ehrentage« — kauft man sie nicht, so winkt ja Dachau oder die Sachsenburg — wie also sollte es schon anders möglich sein? Der Habitus des ganzen gesellschaftlichen und politischen Nebeneinanders, der berüchtigte »Volksgemeinschafts«-Geist des Dritten Reiches, der die Phrase statt des Brotes zu bringen versucht, die bewußte Abkehr von allem »Menschenrechte« als einer angeblich westeuropäisch-jüdischen Erfindung, kurz der totale Sergeantenstaat — der trägt die Schuld! Wer will und kann es jetzt noch beschönigen und vertuschen? Deutschland unter Hitler ist das Inferno der Ausbeutung schlechthin!

Von der Lehrlingszüchterei, die in Hitlerdeutschland schlimmer denn je grassiert, wird festgestellt, daß die permanenten amtlichen Aufforderungen der Parteistellungen, Lehrlinge einzustellen, von den Leitern der Betriebe so aufgefaßt worden seien, als ob dadurch die ablehnenden Vorschriften über die Lehrlingshöchstzahlen außer Kraft gesetzt worden seien; die Folgen waren danach. Ueberhaupt lebt das Dritte Reich förmlich vom gewinnbringenden »Mißverständnis« in sozialen Dingen. Ausdrücklich erklären alle Gewerbeaufsichtsmänner, daß insbesondere bei den mittelständlerischen Betrieben, und da vor allem im Handwerk,

»die Betriebsinhaber offenbar gemeint hätten, mit dem Siegedernationalen Revolution seien auch wenigstens zum Teil die sozialpolitischen Bindungen gefallen, die sie als überaus lästig empfanden.«

Der Zusammenhang zwischen politischem System und sozialer Ausbeutung kann gar nicht klarer festgestellt werden!

Oh, wie rührend klingt es da, daß sich angesichts dieses erschütternden Sozialpanoramas die »Soziale Praxis« schließlich noch mächtig darüber aufregt, daß ein Unternehmer, der die schulpflichtigen Kinder seiner Arbeiter in den letzten Osterferien von früh morgens bis in die Mitternacht täglich zu schwerer Arbeit gegen erbärmliche Pfennige gezwungen habe, leider nur eine Geldstrafe von 10 (in Buchstaben: zehn) Mark in diesem Eldorado der doch wohl praktisch verwirklichten »Volksgemeinschaft« kürzlich erhalten habe. Auch habe ein Brotfabrikant, der seine Arbeiter einmal 23 Stunden hintereinander arbeiten lassen, nur 100 Mark aufgebremst erhalten. Ist das aber nicht gerade das System? Ein jüdischer Kleinhändler freilich, der seine einzige Verkäuferin vielleicht ganz ansäufend bezahlt, aber zu Hitlers Geburtstag nicht die Fahne hinaushängt, wird mit Recht totgeschlagen . . . nicht wahr? So lange selbst ein Blatt, wie die »Soziale Praxis« und deutsche Menschen ihre Mentalität einsehen, daß alles nur leeres Geseire und üble Schleimmixerei ist, bei dem oder jenem krassen Einzelfall zu flennen, dem Prinzip aber eines vertikalen und horizontalen, eines totalen Unrechtsstaates zuzustimmen, so lange bleibt der Fall Deutschland mit seinem barbarischen Menschenverschleiß allerdings schier hoffnungslos!

F. E. Roth.

Die Geldnöte des Dritten Reiches

Kreditreserve im Zustand der Erschöpfung

Der Berliner Berichterstatler der englischen »Times« führt Hitlers Angebot, wieder in den Völkerbund einzutreten, auf die Geldnöte des Dritten Reiches zurück. Die Zeit sei nahe, da die Ausgaben nicht mehr erhöht werden können, weil das Volk keine zusätzlichen Steuern mehr zahlen könne. Schacht wüßte, zu normalen Finanzmethoden zurückzukehren, weil Deutschland nicht länger auf die jetzige Art Geld ausgeben kann, sondern erst einmal das Auslandsvertrauen zu seiner wirtschaftlichen und politischen Zukunft wiederherstellen müsse, wenn es Auslandskredite haben will. Tatsächlich wird die Kreditkraft des Dritten Reiches weit mehr als durch die Höhe der Steuern durch die staatliche Verschuldung gehemmt. Die Geldreserven des Landes werden fast vollständig beschlagnahmt, um unproduktiv verschwendet zu werden, und produktiver Verwendung entzogen. Die Rüstungs- und Ersatzstoffindustrie bauen auf Staatskosten, und der Staat entnimmt die Mittel dazu den privaten und öffentlichen Kreditinstituten, die so funktionsunfähig gemacht werden. Daß

der gesamte Zuwachs an Kreditmitteln für die Aufrüstung monopolisiert wird, ergibt folgende Feststellung.

Bei den deutschen Kreditinstituten haben die Einlagen (Kreditoren) in der Zeit von Ende Februar 1935 bis Ende Februar 1936 von 14,6 auf 15,2 Milliarden zugenommen, also trotz »Aufschwung« um nicht mehr als 4 Prozent. Mehr als dieser Zuwachs der Einlagen beträgt, ist aber die Beanspruchung von Bankkrediten zurückgegangen. Die Kundenkredite haben zur gleichen Zeit von 7,8 auf 7,3 Milliarden, also um 7 Prozent abgenommen. Bei der DD-Bank beträgt die Kreditbeanspruchung nur 47 Prozent des Höchststandes von 1929. In der damaligen Hochkonjunktur hatte sie einen Rekordhochstand, diesmal hat sie einen Rekordtiefstand. Daher konnte, wie die »Frankfurter Zeitung« schreibt, ebenso wie die anderen Banken auch diese größte deutsche Kreditbank die durch Rückzahlung von Krediten freigewordenen Mittel nur in direkte Staatspapiere (Schatzanweisungen) oder indirekte (Sola- und Arbeitsbeschaf-

fungswchsel) anlegen. Aber auch unter den Kundenkrediten selbst überwiegen solche, hinter denen die Staatsgarantie steht, die also tatsächlich Staatsschulden sind. Das gilt vor allem für die Ersatzstoffindustrie, nach der »Frankfurter Zeitung« die einzige, die »wirklich große Neuinvestitionen« vornimmt. Bei einem Zuwachs der Einlagen um rund 600 Millionen hatte die Anlage der Bankgelder allein in Schatzwechseln und Staatsanleihen um fast 500 Millionen zugenommen. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß die Handelswechsel zum großen Teil keine sind, sondern faule Wechselschulden des Reiches. Die »Frankfurter Zeitung« schätzt bei der DD-Bank den Anteil der echten Handelswechsel auf höchstens die Hälfte ihres Bestandes. Die Staatsschulden haben also die private Kreditbeanspruchung nicht nur ersetzt, sondern verdrängt.

Staatspapiere waren ehemals so gut wie bares Geld. Der Vorteil dieser Anlage war, daß sie nicht, wie Bargeld, zinslos war, aber doch jeder Zeit in Bargeld umgewandelt werden konnte. Weil sich keine Käufer für die Schuldscheine des überschuldeten Reiches finden lassen, wird den Sparkassen und Versicherungsanstalten diese Art der Geldanlage aufgezwungen, die eigentlich keine ist, sondern eine verdeckte Form der Enteignung.

Das Rohvermögen der Angestellten- und Invalidenversicherung war in der Zeit von 1932 bis 1935 von 3016 auf 3778, also um etwas mehr als 700 Millionen gestiegen. In dieser Zeit hatte die Anlage in Staatspapieren von 860 auf 1604, also um fast 600 Millionen zugenommen. Es war auf Kosten der Versicherten gespart und die Ersparnis in das bodenlose Faß der staatlichen Schuldenwirtschaft geschüttet worden. 1932 war der Anteil der Staatspapiere an der Gesamtanlage ein Viertel, jetzt ist er mehr als die Hälfte. In der Republik sind die verfügbaren Mittel der Spezialversicherungen überwiegend zugunsten des Wohnungsbaues, also im Interesse der Versicherten selbst verwendet worden. Daß darin das Dritte Reich Wandel geschaffen hat, wird in »Wirtschaft und Statistik« (1936, 1. März-Heft) zugegeben. Es heißt darin:

»Vor der großen Krise der Wirtschaft haben die beiden Träger der Sozialversicherung in erster Linie den Wohnungsbau sowie die Investitionstätigkeit finanziert, die die kommunalen Glieder der öffentlichen Verwaltung auf dem Gebiet der Versorgungswirtschaft entfalteten. . . . Seit 1931 aber ist die Anlagetätigkeit der beiden für den Kapitalmarkt wichtigen Träger der Sozialversicherung überwiegend auf die Finanzierung der reichsunmittelbaren Arbeitsbeschaffung gerichtet.«

Auch die andere Finanzquelle der Kommunen, der Kredit bei den Sparkassen, ist ihnen gespart und fast völlig für die Aufrüstung reserviert. Im Jahre 1935 hatte der Zuwachs von Spareinlagen bei den Sparkassen 1 Milliarde betragen, davon sind 700 Millionen in Schatzanweisungen und Reichsanleihen und nur 100 Millionen in Hypotheken angelegt worden. Die Kommunen und Kommunalbetriebe mußten sich eine Einschränkung ihrer Darlehen gefallen lassen.

Die Geldreserven des Landes sind zwar noch nicht völlig ausgeschöpft, aber im Zustande der Erschöpfung. Die Frage steht daher so: Dämpfung des Aufrüstungstempos oder unentwegte Fortsetzung der Kriegsvorbereitung, internationaler Kredit oder Abwertung der Mark. Das gerade zur Zeit der Rheinlandsbesetzung die Anhänger der Abwertung lauter ihre Stimme erheben als je zuvor, ist ein böses Omen, nicht nur für die deutschen Sparer, sondern auch für den Weltfrieden.

G. A. Frey.

Gedächtnismarsch und Opferschießen

Zwei Veranstaltungen zeichneten die letzten Wochen in Deutschland aus: der »Gedächtnisgepäcksmarsch« der Hitlerjugend zum Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges und das »Opferschießen«, daß die Jägermeister allenthalben auf den Schießständen für das Winterhilfswerk inszenierten. Ob sie gedenken oder opfern — marschieren und geschossen muß werden. Die anderen Ausdrucksmöglichkeiten des menschlichen Geschlechts gehen im Dritten Reich mehr und mehr verloren.

Keine Butterknappheit mehr?

»Auf dem Wehlauer Wochenmarkt schritt die Polizei gegen den Landwirt August Raus Pregelau, Kreis Insterburg, ein. Dieser stellte Butter nur unter der Bedingung zum Verkauf, daß der Käufer ihm auch Eier abnehme, die er über dem vorgezeichneten Preis feilbot. Die Ware des Preisreibers wurde beschlagnahmt und gegen ihn Anzeige erstattet.«

(»Preußische Zeitung« vom 23. 3. 1936.)

Mit Lassalle!

Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Der Tod Lassalles beendete nicht nur das Leben des Schöpfers der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung und größten deutschen Rhetors des 19. Jahrhunderts, sondern er entschied auch den Sieg Marx-Engelscher Oekonomie über Lassallesche Staatspolitik. Als die Gebeine dieses jüdischen Preußen längst vermodert waren, wälzte Engels, um die Wiederkehr Lassalleschen Geistes zu verhindern, neue Steine auf das Grab und veröffentlichte aus dem Nachlaß von Karl Marx die »Randglossen zum Gothaer Programm«. Es war keine minder kühne Bahn, die die deutsche Arbeiterbewegung von 1890 emporstieg, aber es war nicht die Bahn Lassalles.

Das politische Erdbeben der letzten Jahre hat auch Lassalles Gruft gesprengt. In einer Zeit, in der das Problem des Staates zum Zentralproblem der Politik aller Völker, nicht nur des deutschen, geworden ist, wirken seine Worte herrlich wie am ersten Tag. Wilhelm Sollmann hat seinen Namen wieder aufklingen lassen und es wird in der Zukunft sicherlich keine deutsche sozialdemokratische Politik geben, ohne daß über ihr der Geist Ferdinand Lassalles waltet. Die Zeiten sind noch nicht lange, aber bestimmt vorüber, in denen man »mit Lassalle nicht anfangen« wollte.

Für Lassalle stand der Staat im Mittelpunkt alles politischen Denkens. Unmöglich, sich aus seiner Feder einen Satz vorzustellen wie den von Engels in »Antidühring«: »Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab!«, was heißen soll: »An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen«, also etwas, was man für notwendig halten, wofür man sich aber keinesfalls begeistern kann. Und nun höre man die Fanfaren Lassalles vor den Geschworenen:

Dem Staate schreibe ich die hohe, gewaltige Aufgabe zu, die Keime des Menschlichen zu entwickeln, wie er dies, seitdem die Geschichte steht, getan hat und für alle Ewigkeit tun wird, und als das Organ, das für alle da ist, an seiner schützenden Hand die menschliche Lage aller herbeizuführen. Diese Doktrin ist keine Theorie der Zerstörung und der Barbarei, es ist, im höchsten Grade

eine Staatsdoktrin! Sie, meine Herren Richter, gehören ja nicht den Manchestermännern an, jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt! Und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von dem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungsaucht ein Widerstand geleistet werden könnte. Wie breite Unterschiede Sie und mich auch voneinander trennen — dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen wir Hand in Hand! Das uralte Vestafener aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich mit Ihnen gegen jene modernen Barbaren!

Im Jahre 1936 mag der Spötter auf das Dritte Reich hinweisen, wenn vom Staate als dem Vestafener aller Zivilisation gesprochen wird. Doch der Mißbrauch des Staates beschränkt die Wahrheit des Lassalleschen Wortes nicht. Es besteht allerdings die Gefahr, daß auch das deutsche Volk den Haß gegen die Leiter des nationalsozialistischen Staates auf den Staat überhaupt überträgt und so eine neue demokratische Staatsgesinnung nicht die Voraussetzung, sondern erst die Folge des Sturzes von Hitler sein wird. Auch die Weimarer Republik hatte keinen großen Vorschub an demokratischer Staatsgesinnung vom Volke als Geburtstagsgeschenk erhalten, vielleicht die verhängnisvollste Wirkung des Bismarckschen Sozialistengesetzes, und als dann dieser Vorschub noch verloren ging, war ihr Lebensfaden abgeschnitten. Noch vor Hitlers Regierungsantritt stimmten mehr als zwei Drittel aller Reichstagswähler gegen die Demokratie.

Zwischen den Extremen Marx-Engels und Lassalle pendelte die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung hin und her. In der Theorie, vor allem aber in der Agitation und dem Gefühlsappell kam sie trotz aller Parteiprogramme von dem Kommunismus des deutsch-englischen Dioskurenpaars nie ganz los — noch 1923 versuchte Kautsky eine Ehrenrettung des oben zitierten Satzes von Engels —, in der Praxis wurde sie immer wieder, besonders aber seit 1918, in Lassallesche Gedanken-

gänge hineingezwungen. Auch hier hatte eben der gewaltsame Tod des Vorkämpfers der einen Anschauung nur zu einer Verschiebung der Klärung geführt. Und wenn wir die Emigrantenliteratur der letzten Jahre durchsehen, können wir feststellen, daß auch jetzt noch die Aufgabe vor uns und noch nicht hinter uns liegt.

Wir müssen unser Verhältnis zum Staate neu durchdenken. Alle politische Aktivität erwächst aus Wunschbildern. Ohne Vorstellung vom kommenden Staate können wir niemanden für den opferreichen Kampf um seine Gestaltung begeistern. Das bedeutet für die Sozialdemokratie Abgrenzung gegenüber allen diktatorischen Spielarten, bedeutet aber auch Klärung des Begriffes, der Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Demokratie. Bedeutet aber vor allem Staatsgesinnung im Geiste Lassalles.

Im Verhältnis zum Staate sind Marx und Engels liberalistischen Anschauungen unterlegen, jenes Liberalismus, dessen größte und erfolgreichste Bekämpfer sie in der Oekonomie gewesen sind. Lassalle kämpfte auf der ganzen Front gegen den Liberalismus, bis zur Blindheit gegen dessen historische Leistungen in der Entfesselung der Persönlichkeit, ohne die ein Lassalle überhaupt nicht denkbar ist. Doch so groß seine Feindschaft gegen liberale Anarchie war, sein Staatskult verschloß sich doch nicht der Einsicht in die Gefahr der Staatsallmacht. Auch er suchte einen Ausgleich zwischen Staat und Persönlichkeit — ewiges Problem aller Staatspolitik! — und bezog nur deshalb die stärkere Stellung gegen die damals emporsteigenden Liberalen, weil er in ihnen die größere Gefahr für diesen ihm notwendig erscheinenden Ausgleich sah. Eine Auffassung, die wir heute wahrscheinlich zu bestreiten geneigt sein würden. In einem Brief an Herwegh skizzierte Lassalle recht deutlich die Alternative, die er sieht:

Zwei entgegengesetzte Anschauungen kämpfen jetzt miteinander: erstens der bürokratische, administrativ »zentralisierte« Staat und zweitens die aus dem entgegengesetzten Extrem des Individualismus hervorgegangene Auflösung des Staatsbegriffes in den Atomismus der Individuen, das Ideal der Liberalen. In praxi wären beide gleich falsch. In philosophischer Beziehung ist die zweite Auffassung noch falscher und ideenleerer als die

erste. Zudem ist sie der gefährlichere Irrtum. Denn der erste Irrtum besteht nur noch in der rohen Wirklichkeit, hält sich nur noch durch die Bajonette. Aus den Gemütern des Volkes dagegen ist er verschwunden. Gerade in den Gemütern und Köpfen herrscht aber noch — zum Teil sehr mächtig — der zweite Irrtum. Er wird gerade am Tage des Sieges über die äußere Gewalt seine ganze Gefährlichkeit erst herauskehren. Ihm gilt es daher von länger Hand in den Gemütern und Köpfen entgegenzuarbeiten.

Mit dem Tode Lassalles ist die Staatsfreudigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung nicht erstarben. Wilhelm Liebknecht gab — staatsfreudig — seinem 1869 gegründeten Blatt den Titel »Der Volksstaat« und fand damit die Gegnerschaft von Marx und Engels. Der »Antidühring« nennt zwar keine Namen, wettet aber gegen Liebknecht und Lassalle. Aus Raumgründen muß ich mich auf ein kurzes Zitat beschränken. Es heißt da:

Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein... Hieran ist die Phrase vom »freien Volksstaate« zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit.

Das ist eine Doktrin, mit der auch der Bolschewismus nichts anfangen kann. Der Sowjetstaat ist der »bürokratisch, administrativ »zentralisierte« Staat« in Reinkultur, dessen Aufgaben mit der Zeit nicht abgestorben, sondern ins Gigantische gewachsen sind. Die Allmacht des Sowjetstaates ist innenpolitisch grenzenlos und wenn der Stab, auf den er sich stützt, der Terror ist, folgt er der Linie Rousseau, Robespierre, Lenin. An diesem politischen Wege gibt es keine Etappe Marx-Engels. Die Vorstellungen vom Staat, die Marx 1871 im Zusammenhang mit der Pariser Kommune geäußert hat, können als Richtlinien für Gemeindevertreter brauchbar sein. Die Leitung eines Staates von 150 Millionen Menschen erfordert andere, und



Endlich hat er 100 Prozent Ja gesagt — nun können wir ihn fressen!

zwar staatspolitische Gesichtspunkte. Das weiß niemand besser als die leitenden Sowjetrussen.

Der demokratische Sozialismus knüpft nicht an Robespierre und natürlich nicht an Lenin an. Seine staatspolitischen Wurzeln können auch nicht, um mit Heinrich Cunow zu sprechen, im »halbautopistisch-anarchistischen Revolutionismus« von Marx liegen. Die unerbittliche Wirklichkeit erzwingt die Erkenntnis, daß im 20. Jahrhundert am Beginn jedes politischen Handelns der Staat mit seinen Problemen steht, daß der Vorrang des Staates über die Oekonomie keine Frage mehr ist. Auch in sozialistischen Kreisen bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß man den Staat weder als Organ noch als Organismus begreifen kann, wenn man sich darauf beschränkt, ihn als Klassenfunktion zu werten. Henrichsen hat in der »Zeitschrift für Sozialismus« aufgezeigt, daß alle Wertungen des Hitlerregimes falsch sind und zu Illusionen führen, wenn sie sich auf die Untersuchung beschränken, welche Klassen hinter Hitler stehen. Auch innenpolitisch gibt es für den Staat die Möglichkeit des »Teile und herrsche!«

Ein Einwurf: Hat sich nicht die deutsche Sozialdemokratie an der Weimarer Republik verblutet, hat sie nicht eher zu viel als zu wenig Staatsgesinnung bewiesen? Abgesehen davon, daß die Möglichkeiten der ersten deutschen Demokratie so groß waren, daß sie das edelste Blut rechtefertigten, vergißt ein solcher Einwurf, daß die sozialdemokratische deutsche Arbeiterschaft in die Wirklichkeit der Nachkriegszeit zwiespältigen Herzens eintrat. Sie mußte mit antirevisionistischer Ideologie revisionistische Praxis treiben. Noch 1904, auf dem Internationalen Kongreß von Amsterdam, war nach dem verhängnisvollen Rededuell zwischen Jaurès und Bebel beschlossen worden, »daß die Sozialdemokratie... einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann«. In dieser Vorstellung lebte bis zum Kriegsausbruch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft — und dann kam plötzlich die Koalitionspolitik. Eben war der Staat noch, und zwar ohne jede Einschränkung, ein Schmarotzergewächs und ein Auswuchs der Gesellschaft gewesen... wo sollte da plötzlich die Staatsgesinnung herkommen? Der dringenden Erkenntnis, daß man sich an der Staatsführung beteiligen müsse, konnte man sich nicht verschließen, man tat aus sozialem Pflichtgefühl, was aus begeisterter Liebe hätte geschehen müssen, und wenn auch zeitweise eine gewisse Staatsfreudigkeit entstand, den wechselnden und schweren Schicksalsschlägen, die diesen Staat trafen, war dieses Gefühl nicht gewachsen, die Neigung, die Opposition als die Regie und die Regierungsteilnahme als die schmerzliche Ausnahme zu empfinden — empfinden! — wurde nicht überwunden. Alles, was mit dem Staat zusammenhing, blieb irgendwie verdächtig. Ich könnte dafür auch eine Unzahl persön-

Direktor Lindig informiert sich

Direktor Lindig, kaufmännischer Leiter der Settegast A. G., Konservenfabrikation, hatte sich zweimal scheu und beobachtend am Zeitungsstand der Amsterdamer Centralstation vorbeigedrückt. Hätte der Herr weniger beleibt und wohlwollend ausgesehen, — die Verkäuferin wäre den Verdacht eines geplanten Raubüberfalls nicht losgeworden. Tatsächlich paßte Lindig einen Augenblick ab, in dem auf dreißig Schritt vom Kiosk kein Mensch zu erblicken war. Aber er griff nicht nach der Kasse, sondern wies mit stummer, hastiger Gebärde auf eine aushängende Broschüre, schob der Verkäuferin einen Gulden zu, ließ fünfzehn Cent Wechselgeld liegen und entfernte sich hastig, die Druckschrift unter den Mantel geklemmt, als habe er sie gestohlen.

Die zweite Klasse des Schnellzugs nach Berlin war noch schwach besetzt. Lindig fand leicht ein leeres Abteil. Kaum hatte er sich eingerichtet, als er die Druckschrift hervorzog. Er hatte schon auf dem Wege zum Zuge den grellfarbigen Schutzumschlag abgestreift und zerknüllt in einen Papierkorb geworfen. Aber das genigte nicht. Er schlug das Heft sorgfältig in ein Zeitungsblatt ein; jetzt konnte kein neugieriges Vis-à-vis, kein Nachbar feststellen, was er las.

Trotz aller Vorsicht blieb die Sache verrückt. Er hätte sich eigentlich nicht darauf einlassen sollen. Es war sein Prinzip — das Prinzip der Menschenklasse, zu der er ge-

hörte, — jeder unnützen Berührung mit dem Strafgesetz aus dem Wege zu gehen, — es sei denn, daß eine entsprechende Gewinnchance das Risiko kompensierte.

An dieser Sache war allein der phlegmatische Cornelis van Deventer schuld, Großhändler in Obst und Gemüse, ein Stockholländer mit grauem Flächblick über schweren Augensäcken, schlaffen Hängebäckchen und halb offenem Mund. Nie wurde man aus dem Burschen klug, nur an einem winzigen Unterschied der Augen konnte man bemerken, ob er im Ernst sprach oder sich grausam über einen lustig machte.

Lindig hatte den Großhändler in rein geschäftlicher Sache aufgesucht: seit dem vergangenen Sommer, seitdem das holländische Geschäft sich auf deutscher Seite in der Form des Bestellens und Nichtbezahlens abspielte, war der Großhändler sehr schwierig geworden; und Lindig sollte nun mit seiner glatten Ueberredungskunst einen Extrakredit für die Settegast A. G., Konservenfabrikation, herauschinden. Dabei hatte es sich nicht vermeiden lassen, gewisse politische Gesichtspunkte zu streifen: Lindig verwies immer wieder auf die Sicherheit, die trotz vorübergehender Schwierigkeiten, in der großen Stabilität der heimischen Verhältnisse, in dem allgemeinen Aufschwung des durch Hitler geeinten Deutschlands liege.

Dazu hatte der Großhändler schweigend und undefinierbar gelächelt; vielleicht schien es Lindig auch nur, als ob sein Widerpart lächle, denn man sah ihn kaum die halb offenen Lippen verziehen. Jedenfalls hatte Lindig sich durch das Verhalten des anderen

Der letzte Bürger

Schicksalstragödie des historischen Atavismus

seiner Aufsätze aus den letzten Jahren (Europa-Verlag, Zürich, 330 S.). Es ist ein fesselndes und vielseitiges Buch geworden, im Detail sprunghaft und widerspruchsvoll, eine Apotheose der Ratlosigkeit, geschrieben in bitter enttäuschter Liebe zu verbläuten und versunkenen Idealen. Was versteht — es ist die entscheidende Frage, aufschlußreich für die Gesamtbetrachtung des Autors Jellinek unter dem »Bürger«? Er erblickt in ihm ein Geschöpf gesellschaftlicher Entwicklungen, »die das Recht zur persönlichen und gemeinschaftsmäßigen Selbstbestimmung in den Vordergrund des öffentlichen Geschehens stellen.« Oder deutlicher:

»Was unter der Sammelbezeichnung Bürgertum 100 Jahre Motor und Regulator der gesellschaftlichen Werkstätte Europas und Amerikas gewesen ist, ruht begrifflich auf zweierlei Voraussetzung: Auf der ökonomischen Grundlegung des freien Sonder Eigentums an den Produktionsmitteln einerseits und auf der Liberalität, das heißt, auf innerlich verankertem fair play des wirtschaftlichen, sozialen und weltanschaulichen Denkens andererseits. Ohne die Betriebsfähigkeit dieser beiden Hebelkräfte ist die bürgerliche Herrschaftsmethode unwirksam. Im Zustand solchen Versagens einer der beiden Grundelemente bürgerlicher Staatsverfassung befinden wir uns.« (S. 253.)

Eine lebendige bürgerliche Substanz sieht Jellinek in der Realität nur noch jenseits der deutschen Grenzen. Diesseits ist sie nur noch im Reiche der Träume und der Gesänge vorhanden. Warum ist der deutsche Bürger gestorben, wer waren seine Totengräber? Jellinek sieht ihre Schattengestalten in der »deutschen Maffia«, die die höheren Werte unterdrückte oder sie zur Sicherung

ihrer Vorrechte annektierte, in der Oberschicht des Beamtentums und in der deutschen Gelehrtenwelt. Hier wurde die Ideologie der Knechte großgezogen und verkündet, deren legitimierter Erbe der »Privatstaat« Hitlers geworden ist. Auf diesem Schafott wurde der deutsche Bürger enthauptet, nicht unverdient, weil er schwach und feige war, seine geschichtliche Aufgabe versäumte, sein großes Erbe verspielte. Das Resultat? Der »Neandertaler« ist über Deutschland gekommen, aus Urwelten hergerufen von deutschen Geschichts- und Soziologieprofessoren. Der Ruf nach Bindung an Blut und Boden vollzieht sich nach Jellinek in einer Sphäre der Unwirklichkeit, aber nicht in der »menschlich-sittlichen Heimat«:

»Sonst bliebe es unausdenkbar und unergründlich, daß deutsche Menschen, Angehörige eines alten und großen Kulturvolkes, nicht den Sinn für das Würdlose und Blamable haben, das im Begriffe vom »Sieg« eines Volksteils über einen andern gelegen ist; daß sich die Teilnehmer an einer so schandbaren Auseinandersetzung nicht scheuen, sich stolz »alte Kämpfer« zu nennen, und daß sie nicht begreifen, daß nichts vor den Augen der Welt das Bild einer nationalen Gemeinschaft als solcher und als seelische Einheit ärger diskreditieren und erschüttern kann als ein so wenig ehrenhaftes Grundverhalten der maßgeblichen völkischen Schichten.«

Von solcher ethisierenden Betrachtungen wimmelt das Buch, Jellinek fühlt selbst die Gefahr, die in rein pathetischen Beweisführungen liegt. Darum ist er immer wieder bemüht, geistesgeschichtliche Kausalzusammenhänge zu entdecken, und er gelangt zu

Arbeiter die Soldaten des Wahlkampfes stellen, zwar bürgerlich-demokratischen Wünschen, nie aber sozialdemokratischen Interessen genügen kann. Und daß man im demokratischen Kampfe um die Macht nie »Alles oder nichts!« sagen darf, denn die Erringung der letzten Prozente, die zur Mehrheit fehlen, ist meist schwerer, langwieriger und — gefährlicher als jene wahr haben wollen, die in diesem Falle ausnahmsweise eine Schwäche für die Stimmzetteldemokratie haben.

Mit den Begriffen Staat und Macht rollt sich auch das Problem Volk und Klasse auf. Die Ueberlegungen, die Wenzel Jaksch in seiner von Sollmann hier besprochenen Broschüre anstellt, knüpfen mit der Agrarfrage und der Ablehnung der »Flaschenhalstheorie« (dem nicht eingetretenen Verschwinden der Mittelschichten) unmittelbar an Eduard Bernstein an.

Von Lassalle über Wilhelm Liebknecht und Eduard Bernstein führt der Weg in die staatspolitische Zukunft der deutschen Sozialdemokratie. Fritz Tejessy.

ihn zu erobern. Es versündigt sich nicht nur am Staate, sondern auch an der Arbeiterbewegung, wer diesen Anspruch nicht in den Vordergrund allen politischen Denkens und Handelns stellt. Das erfordert aber Durchdenken nicht nur des Problems der Machteroberung, sondern auch der Machtbehauptung und Machtverwendung. Hier erwacht der Emigration, die denken, lesen und schreiben darf, was sie will, eine historische Aufgabe. Es gilt, »die Staatsidee des vierten Standes«, das heißt die Staatsidee der deutschen Sozialdemokratie zu entwickeln. Eine auch nur oberflächliche Beschäftigung mit diesen Fragen wird ergeben, daß eine Zusammenarbeit mit totalitären Parteien zwar möglicherweise den Sturz des Gegners fördern kann, aber mit absoluter Sicherheit aus den Bundesgenossen von heute die Todfeinde von morgen machen muß. Lenin fraß Martow, Hitler fraß Hugenberg. Und es wird sich weiter zeigen, daß eine Linksfront, bei der die bürgerlichen Demokraten die Offiziere der Regierung, die sozialdemokratischen

ge reizt, gefühlt, sein Loblied auf die glücklichen Zustände unter Hitler zu steigern. Dabei muß angemerkt werden: Lindig war durchaus kein Propagandaredner der NSDAP. Er war überhaupt kein politischer Mensch. Einige der immer wieder gehörten Dinge, hatten sich in ihm festgesetzt und er glaubte daran, weil das für ihn vorteilhaft war.

Eins jedenfalls ließ sich nicht leugnen: unter Hitler hatte sich das Konservengeschäft gut entwickelt. Immerfort gab es etwas zu tun. Das eine Mal, als wegen des Futtermangels die Bauern ihr Vieh massenweise abschachteten, fabrizierte die Settegast A. G. ebenso massenweise »Fleisch im eigenen Saft«; ein andermal verarbeitete sie Fallobst der erbärmlichsten Art zu »Volksmarmelade« — als Ersatz für die fehlende Butter. Dann wieder gab es große Aufträge der Heeresverwaltung, und immer wurde gut verdient. Lindig mußte sich zwar sagen: vom Standpunkt der allgemeinen Volksernährung aus sah sich bisweilen die Ankurbelung der Konservenindustrie bedenklich an; aber darüber hatten andere sich den Kopf zu zerbrechen, nicht er.

Er verdiente, gottlob, seit zweieinhalb Jahren gut, und wäre nicht in letzter Zeit der verfluchte Rohstoffmangel dazwischen gekommen, so wäre sein Lob des neuen Regimes das aufrichtigste der Welt gewesen. — So freilich mußte Lindig dem grauen, spähenden Blick des Großhändlers immer wieder ausweichen, der zu fragen schien: »Wenn es euch so glänzend geht, — warum zahlt Ihr dann eigentlich nicht?«

Aber zu Lindigs Erstaunen kam van De-

venter, als Lindigs Beredsamkeit total am Ende war, mit einem Einwand ganz anderer Art. Er erklärte: er glaube nicht an die Rechtschaffenheit und Beständigkeit eines Regimes, das Menschen zu Tode folterte und die Mörder unbestraft lasse. — Emigrantenlügen!, schoß es Lindig sofort durch den Kopf. Hier in Holland trieben diese Vaterlandsfeinde leider auch ihr Unwesen trotz aller Proteste der deutschen diplomatischen Vertretung. — Der Direktor verwies den andern darauf. — Aber van Deventer fragte, ob Lindig eine gewisse Broschüre über Konzentrationslager — er nannte den Titel — schon gelesen habe. — Natürlich nein, und er weigerte sich auch erstunkene Verleumdungen Deutschlands zur Kenntnis zu nehmen.

Van Deventer wiegte traurig das Haupt; leider sei ihm dann nicht möglich, die Kreditfrage weiter zu behandeln, wenn Lindig über wichtige Dinge in Deutschland völlig uninformiert sei. Er mache ihm aber einen Vorschlag: in acht Tagen werde das neue deutsch-holländische Clearing-Abkommen fertig sein, dann würden sie beide die Materie weiter besprechen. Aber vorher müsse Lindig die Broschüre gelesen haben. — Er vergesse, warf Lindig ein, daß solche Lektüre in Deutschland verboten und unmöglich sei. — Schade, meinte van Deventer. Aber er wisse Rat: Am Bahnhof hier gebe es die Schrift zu kaufen. Bis zur Grenze seien zwei Stunden, — in der Zeit könne Lindig bequem die hundert Seiten gelesen haben.

Und so kam es, daß Direktor Lindig, noch bevor der D-Zug aus der Bahnhofshalle ausgefahren war, mit Eifer eine in Zeitung

Anders verrückt?

gewagten Konstruktionen. Der große idealistische Erzvater ist für ihn Goethe mit den weltbürgerlichen Freiheiten und herrlichen Ansprüchen des Individuums im Ringen der erlesenen Geister. Der verderbenbringende Sündenbock aber ist Hegel. Er ist nach Jellinek der erste Träger der Lehren der Staatsvergottung und des Staatsglaubens der Massen in der Sphäre der Gewalt. Das von Kant stammende dialektische Rezept sei von Hegel geschickt erweitert und zur Zündmasse und zum Ferment aller gesellschaftsphilosophischen und soziologischen Forsch- und Lehrtätigkeit geworden, unter immer stärkerer Betonung der rein machtmäßigen materialistischen Endziele. Hegels Saat sei blutig aufgegangen: in der Linie Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Ludwig Feuerbach, Eduard Bernstein (!) einerseits in der Deszendenz bei Robertus, Dühring, Schmoller, Wagner, Treitschke, Sombart, bis zu Spengler, dem Jellinek die interessantesten Kapitel seines Buches widmet.

Man sieht, wie kuriose Systeme sich unter Berufung auf Hegel bereiten lassen. Gewiß war für Hegel der Staat eine eigengesetzliche, selbstbewußte, sittliche Substanz, kristallisierte Vernunft, die sich so organisiert hat. Aber die andere Seite der Hegelschen Philosophie wird von Jellinek überhaupt nicht gesehen: daß die im Staat wirkliche Gerechtigkeit einem unabwendbaren Entwicklungsprozeß ausgeliefert ist, in dem sich das Bewußtsein der Freiheit als höchstes und letztes ordnendes Prinzip der menschlichen Gesellschaft entfaltet. In seiner Hegel-Idiosynkrasie sieht Jellinek nur die reaktionäre, nicht die revolutionäre Seite der Idee, und so bekommt er es fertig, die schnoddrigselbstischen Menschenverächter von Spengler bis Göbbels als weltanschauliche Enkelkinder eines großen Humanisten zu bezeichnen.

Jellinek, Gegner des »fest registrierenden und nivellierenden Staatsinstrumentes«, haßt die Armeen von Beamtenoligarchien, denen Liberalität und Freisinn von jeher zuwider gewesen seien wie die Pest. Hier vor allem hat man die Schlagworte vom totalen Staat gepflegt, um das Volk zum Glauben an Weisheit und Wissenskraft der »Vorgesetzten« zu erziehen. Darum haben die Hitler-Göbbels-Rosenberg nur richtig und logisch gehandelt, als sie in Rituale und Zeremonie diese deutsche Staatsmythologie für unfehlbare, gottgesandte und daher nicht mehr diskutierbare Glaubensartikel erklärten:

»In Preußen gibt es eine weite Schicht von Menschen, in denen sich das häßliche und vulgäre Element duckmäuserischen Knechtums feig tückischer Bedientenallüre gekütert und gewandelt hat bis zum Ethos des Dienertums. Der Diener, der stumme schicksalsergebene Erfolgsmann, der unpolitische Baustein am Zwingmal der Machtpolitik, der friedliche Schrebergärtner, der ahnungslos in seiner Kleinsiedlung die Drachensaat züchtet, aus der das Mittel zur Vergewaltigung seiner Freiheit gebraut wird, das ist die Spezies, die Prou-

Der Satz »wenn der Mensch verrückt wird, wird ers zuerst im Kopfe« geht den Rassenanbetern des Dritten Reiches auf die Nerven. »Der Mensch« ist für sie bekanntlich eine liberalistische Erfindung, »der Mensch« existiert für sie nicht. Es gibt nur Norden, Untermenschen, Juden und Halbtiere, weshalb Carl Schmitt gemeinsam mit der »Reichsfachgruppe Hochschullehrer im Bund nationalsozialistischer Deutscher Juristen« bekanntlich die Forderung aufstellte, der Begriff des »Menschen« habe aus dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch zu verschwinden, da er die Verschiedenheiten von Volksgenossen, Reichsbürgern, Ausländern, Jude usw. verwische.

Die unbelehrbare Natur indessen verwischt die Unterschiede unbekümmert weiter, und wenn der Mensch — ob Jude oder Arier — verrückt wird, so wird ers wirklich zuerst im Kopf. Aber die deutschen Rassenforscher sind nicht gewillt, sich eine derart hochverräterische Gleichmacherei fürder gefallen zu lassen, und so versucht denn ein Dr. med. Pg. Hans Burkhardt im Märzheft der Zeitschrift »Volk und Rasse« den Nachweis zu erbringen, daß der nordische Mensch auf seine eigene Art verrückt zu

werden pflege und daß die »stilreine Schizophrenie« das für die nordische Rasse typische Krankheitsbild des Wahnsinns sei. Beschrieben wird das typische Bild folgendermaßen:

»Zu dem, was hier als stilreine Schizophrenie bezeichnet wird, ist zu bemerken, daß im Anschluß an Bleuler u. a. im sogenannten Autismus das seelische Kernsymptom der Schizophrenie gesehen wird. Der Begriff Autismus ließe sich allenfalls mit dem Worte »eigenweltliche« verdeutschen und bedeutet, zunächst einmal negativ bezeichnet, ein Abseitsstehen, eine Fremdheit gegenüber dem kollektiven, austauschbaren Denken und Fühlen der Menschen. Stilrein nun im Sinne dieser Ausführungen ist eine Schizophrenie um so mehr, je eindeutiger die rein autistische Grundhaltung im Erscheinungsbild der Krankheit vorherrscht. Die Geisteskrankheit bei nordischer Rasse ist also ... am meisten gekennzeichnet durch den besonderen, sehr rein und fast ausschließlich hervortretenden autistischen Zug.«

Wenn also ein nordischer Mensch verrückt wird, so benimmt er sich »eigenweltlich«. Wir können uns nicht helfen — je länger wir die Sache überdenken, desto mehr festigt sich in uns der Verdacht, daß jener Pg. Burkhardt gar kein reiner Rassefechter, sondern ein

Meckerer erster Ordnung ist. Der sagt vielleicht nur »Rasse« und meint ganz was anderes. Wie heißt es in seinem Aufsatz?«... ein Abseitsstehen, eine Fremdheit gegenüber dem kollektiven austauschbaren Denken und Fühlen der Menschen«. Ja — das ist doch das typische, das »stilreine« Krankheitsbild der regierenden Herren in Deutschland! Die ganze Welt versucht ja seit geraumer Weile vergeblich, Denken und Fühlen mit ihnen »auszutauschen«, die ganze Welt erkennt ja mehr und mehr, daß es mit diesen Abseitigen keine »kollektive« Verständigung gibt.

Wenn wir den Göbbels, den Göring, den Ley und viele andere höhere und niedere braune Führer genau betrachten, so bezweifeln wir zwar, daß sie der nordischen Rasse angehören — aber daß sie verrückt sind, scheint nach der obigen Definition erwiesen. Und wenn es der Wissenschaft des Dritten Reiches gar so viel Freude macht, diese Verrücktheit als nordisch zu bezeichnen, so wollen wir ihr das Vergnügen gönnen. Aber ob nordisch oder nicht — eines ist sicher: es sitzt im Kopfe, genau wie bei allen anderen Verrückten aller anderen Rassen. Da helfen die feinsten Unterscheidungen nichts.

Ben-Deutschland unter seinen rezenten Regenten, Borgias der Hintertreppe, triumphierend als seinen kostbarsten zivilen und soldatischen Menschengrundstoff auszuweisen pflegt.

Diese geistige Lage schuf die Voraussetzungen für das Dritte Reich — für den Triumph der kleinen Mittelmäßigkeit, der Herrschaft der Beschränkten, der Erfolg- und Sexualneidigen im »Privatstaat der Autoritäten«. Hier empfing das deutsche Bürgertum seine furchtbare Lehre. Es wurde nach Jellineks Meinung vom Aufstand der Fixbesoldeten besiegt, »gerichtet gegen alle, die da frei, ihr Können wägend und einsetzend, auf dem Markte des Sozialgeschehens tätig sind«. Hier blickt die Fabrikantenseele Jellineks einen Augenblick durch die Fugen der Geistigkeit, Zukunftsläugig gehört sein Herz den starken und mutigen, den gerechten und toleranten, den freiheitsglühenden und geistverbundenen Herzen, die aufgerufen werden, das Bürgertum und die bürgerliche Weltanschauung vor den Absoluta zu retten. Er möchte in den westlichen Kulturstaaten ein Heer von »Bürger-Rittern« sammeln, zum Kreuzzug gegen das Lügenstaaten, gegen die Würger von Zivilisation, Gewissen und Menschenliebe.

Ein letzter Bürger, ein letzter Liberaler. Er haßt das Dritte Reich nicht zuletzt darum, weil, im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie, kein Regime so leicht von geschickt genährter kommunistischer Attitüde gestürzt und überrumpelt werden könnte wie

die faschistische Diktatur. Immer distanziert er sich vorsichtig vom Sozialismus. Zwar wird er heute zweifellos von einer Mehrheit, zum mindesten der städtischen europäischen Schichten herbeigesehnt. Jellinek gibt zu, daß selbst eine weitgehende Verschlechterung des Lebensstandards von diesen Menschengruppen hingenommen würde, »im Bewußtsein und im Glauben, daß ein gemeinsamer Auftrieb zu einer neuen sittlich gearteten menschlichen Gemeinschaft geführt werde«. Jellinek, der Kulturbürger, zittert freilich vor diesem »Geschichtsaugeblick«. Er fürchtet, daß diese soziale Neuordnung zunächst mit einem katastrophalen Abstieg, vielleicht mit einem zeitweiligen Versinken von Zivilisation und Kultur bezahlt werden müsse.

Man wird diesen Abgesang eines über 300 Seiten umfassenden Bekenntnisbuches etwas kümmerlich finden. Es beweist die Ratlosigkeit und die Ausweglosigkeit einer noch immer einflußreichen europäischen Gesellschaftsschicht — gleich, ob die ihr Zugehörigen noch frei reden dürfen, oder ob sie bereits unter den harten Diktaturfäusten, denen sie sich in Furcht vor kommenden sozialen Ungewittern freiwillig ausgeliefert, verstummt sind. Die Jellineks möchten immer noch die Welt mit ihren alten Zauberformeln beschwören und ihr Ordnungsurteil erteilen — im Namen des Präsidiums der Tradition bürgerlicher Geltung. Zwar ahnt Jellinek, daß die alten Werte Liberalismus und Freisinn teils verändert, teils entleert sind, aber als sattelfester Individualist

möchte er wenigstens im Reiche der Idee den Goetheschen Ritt riskieren:

»Laßt mich nur in meinem Sattel gelten,
Bleibt in Euren Hütten, Euren Zelten,
Und ich reite froh in alle Ferne
Ueber meiner Mütze nur die Sterne.«

Ein Isolierter, der gar nicht mehr »reitet«, sondern sich am geborgenen Schreibtisch vor dem Hauch der neuen gesellschaftlichen Kräfte ängstigt. Darin liegt der Grund, weshalb Jellineks Buch in der Analyse der deutschen Genesis, in der Anklage und im Haß gegen die Unterdrücker der Freiheit — die für ihn überwiegend nur als Freiheit der individuellen Entfaltung gilt — lebendig und wichtig ist, aber vor der Aufgabe, die kenntnisreiche Negation durch ein konstruktives Positivum zu überwinden, gänzlich versagt.

Die ändern, die Masse — sie sollen in »ihren Hütten, in ihren Zelten« bleiben. So kann man sich auf noble Weise den großen Verantwortungen der Zeit entziehen. Damit aber wird die Haltung gegen die faschistischen Verderber des Bürgertums pseudokämpferisch. Die Ideale zweier Jahrhunderte, die zu den ewigen Menschenwerten gehörten, sind aus den Händen des Bürgertums von den anonymen sozialistischen Massen übernommen worden, und im Abendsonnenglanze ihrer gesellschaftlichen Existenz möchten die letzten Bürger sie noch einmal entleihen.

Aber die bürgerlichen Promethiden kehren nicht wieder. Mit seinem Buche über die Krise des Bürgers hat Jellinek eine Schicksalstragödie des historischen Atavismus geschrieben. Andreas Howald.

papier eingeschlagene hochverräterische Broschüre durchstudierte. — Anfangs zuckte er nur die Achseln. Natürlich Schwindl! Mochte der Verfasser auch beim Haupt seiner Kinder betauern, nur die reine, selbsterlebte Wahrheit niederzuschreiben: so etwas war Reklametrick! Eins stimmte sicher: der Mann hatte im Konzentrationslager gesessen, — zu Recht, wie seine deutschabtrüglige Schilderung des nationalen Instituts bewies, in dem die eingefleischten Gegner Hitlers zu brauchbaren Menschen umgeschult werden.

Doch nach etwa zehn Seiten fühlte Lindig sich wider Willen auf die Seite des Autors gezogen. Statt des gehässigen Geschimpfes, das er erwartet hatte, stieß er auf eine fast krankhafte Objektivität. Der Verfasser suchte sich, so sehr dies über Menschenkraft zu gehen schien, in die Seele seiner Schinder und Folterknechte hineinzuversetzen. Er unterschied die bloß Verhetzten sorgfältig von der Minderzahl der krankhaften Sadisten. Zum Beispiel las Lindig: Ein junger, dreinsehender SA-Mann beschuldigt da den Schreiber des Buchs und einige Mitgefängenen, in der Zeit vor Hitler die tierischen Schweineereien begangen zu haben. — Aber, war hinzugefügt, er glaubte ehrlich, was er sagte, man hatte es ihn so gelehrt. — Lindig schoß es durch den Kopf: »Würde ich selber imstande sein, einem Menschen, der mit der Faust mein Gesicht zerschlägt, noch mildernde Umstände zuzubilligen?«

Immer stärker mußte Lindig sich gestehen: Was er las, war die Wahrheit. Er stieß auf Szenen primitiver Grausamkeit und Roheit — derlei kennt ein Mensch, noch so

phantasiebegabt, sich nicht aus den Fingern saugen. Wäre Lindig dickaufgetragener Theatralik, pathetischen Ausbrüchen des Hasses begegnet, — er hätte aufgehört zu glauben. Aber dieser Mann erzählte ganz schlicht, erzählte knapp und sachlich: so war es. — Lindig konnte sich nicht verhehlen: er stieß auf viele Dinge, die ihm im Grunde geläufig waren. Er hatte bisher nur wegesehen oder der Sache ein Mäntelchen umgehängt. Aber leugnen ließ sich nicht: so war die SA, wie sie hier geschildert wurde. Gewiß, man konnte mit Hitler sagen, die SA ist kein Mädchenpensonat, — das klang witzig und stramm, — aber nannte man sie eine brutale, stumpfsinnige Horde, so war das einfach die positive Seite der schönfärbenden Negation.

Fünzig Seiten des Buches hatte Lindig hinter sich gebracht, da fühlte er etwas wie einen Stoß. Aus den Vorstellungen der Martens und Greuel, die er gelesen, explodierte in Lindig der Gedanke: »Herrgott, was geschieht, wenn Hitler eines Tages stirbt? Die sind ja im Recht, wenn sie uns alle wie die Bestien totschiagen!«

Uns — warum denn ihn? — Er, der Direktor Lindig von der Settegast A. G., er hatte doch nicht gemordet, gefoltert, an den Martens zu Tode Geschundener sich sexuell ergötzt! Aber Direktor Lindig sah mit seltsamer innerer Klarheit: es bestand ein sicherer Zusammenhang zwischen seinen vorzüglichen Geschäften in Volksmarmelade und Fleisch im Saft — und andererseits den Greueln der Marterhöllen. Es gab auch in der politischen Sphäre eine Art kaufmänni-

letzten Jahre, auf der Minuseite standen seine und anderer Leute Gewinne während der letzten Jahre, auf der Minuseite standen blutig gepeitschte, zu Tode gefolterte Menschen. Eines Tages aber erfolgte die Abstimmung der beiden Seiten, ihre Ausbilanzierung; darauf mußte man gefaßt sein. Und plötzlich erkannte er, welcher Gedanke auf dem undurchsichtigen Gesicht des holländischen Geschäftspartners gestanden hatte: Was würde die Plusseite zu zahlen haben, bis der Ausgleich mit dieser unermeßlichen Schuld erfolgt war?!

Zu seinem Glück war Direktor Lindig ein praktisch veranlagter Mensch. Die deutsche Grenze kam näher, da wurde man auf Banknoten durchsucht — Banknoten des eigenen Landes, die man nicht über die Grenze hereinbringen durfte! Den Schnüfflern entging kein Hunderter, viel weniger eine zentimeterdicke Druckschrift, auch wenn sie in Zeitungspapier gehüllt war. Hinter Hengelo beschloß Lindig, sich die Lektüre des letzten Viertels der Schrift zu ersparen. Er schleuderte das Buch aus dem Fenster.

Hinter Beuthem bedauerte er den Verlust gleichwohl. Was hätte er darum gegeben, es seinem Mitdirektor Krummholzer auf den Schreibtisch zu schmuggeln und ihn ähnliches erleben zu lassen; wie das, was er selber eben durchgemacht hatte! M.

Neue Bücher

»Katrin wird Soldat« war ein tapferes Buch und jene junge Katrin, die im Krieg als Bahnhofsbeiferin vielen heimkehrenden Krüppeln und Sterbenden eine Hoffnung und ein

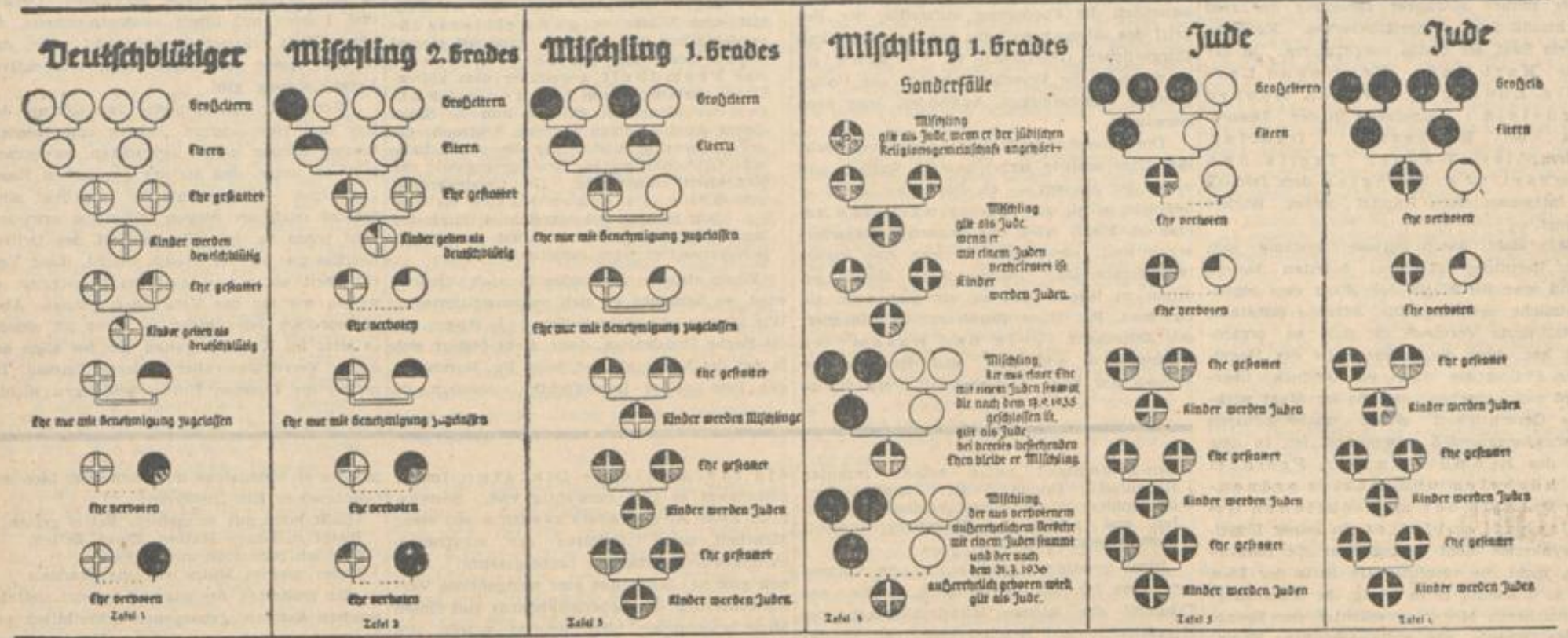
Lächeln gab und die doch selbst am Kriege zerbrach, war mehr als eine Romanfigur, war Anklägerin und Sprecherin für eine ganze Frauengeneration. Jetzt glaubte Andrienne Thomas, dieser Katrin in ihrem neuen Roman »Katrin, die Welt brennt« (Verlag Albert de Lange) eine Auferstehung bereiten zu müssen. In einer Nichte, die den gleichen Namen trägt, sollte sie wiederkehren. Aber es wurde eine Enttäuschung daraus, denn was hier »brennt«, ist eine sehr kleine, recht unwichtige Welt. Gerade weil die Welt in Wahrheit brennt, geht es nicht an, die kranke Republik und das blutig beginnende Dritte Reich — die Autorin kannte wohl beide nicht — als leicht hingepinselte Staffage zu benutzen, um die Herzenerlebens einer kleinen Pensionärin interessanter zu machen. Die Menschengestaltung ist lebendig und zart und klug, aber das Buch, das ein stilles Buch sein sollte, erhebt den Anspruch auf »zeitgemäße« Bedeutung und wird dadurch entwertet. Es bleibt nur zu wünschen, daß die tote Katrin nicht über ihrer lebenden, privaten Nachfolgerin vergessen wird.

In der Büchergilde Gutenberg sind zwei neue Bände erschienen. Der eine heißt »Fahr zur Hölle, Jonny«. Ein alter Tramp, Jonny G. Rieger, erzählt darin von seinen Kreszen und Querfahrten durch die Welt. Rieger kann knapp und plastisch gestalten, aber seine Philosophie von der Vagabundenfreiheit nimmt er wohl selbst nicht ernst. Es ist nämlich nur die Freiheit, zu hungern und zu verkommen wo er will, und auch da bestimmt die Polizei mit. Ohne zu wollen, führt das Buch auch dieses Stück Individualismus ad absurdum.

Der Rassewahnsinn im Bild

Das rassenpolitische Amt der NSDAP verbreitet einen Originalartikel des Reichsinnenministers Frick über die Nürnberger Judengesetze. Der ganze Wahnsinn dieser Gesetzgebung geht aus den graphischen Darstellungen hervor, die diesem Artikel beigegeben sind. Wir reproduzieren diese Darstellungen aus dem »Westdeutschen Beobachter«.

Jüdischerklärung



Der faschistische Arzt

Eine politische Reichsärzteordnung

In jedem demokratischen Staatswesen ist es die hohe menschliche Aufgabe des Arztes, dem kranken Volksgenossen zu helfen. Die gesamte Gesundheitspflege ist darüber hinaus berufen, durch die Förderung der Sozialhygiene gegen Krankheit und Siechtum vorzubeugen zu wirken. Der Arzt wird damit bewußt über jede parteipolitische Orientierung gestellt. Der Faschismus dagegen glaubt in seiner Totalität nicht darauf verzichten zu können, auch das Gesundheitswesen den politisch-faschistischen Zwecken des Nationalsozialismus dienstbar machen zu müssen. So atmet die zum 1. April in Kraft tretende Reichsärzteordnung den Geist einer neuen Gesundheitsführung, bei der die ärztliche Hilfeleistung in den Hintergrund rückt, die politische Führungsaufgabe des ärztlichen Berufes entscheidend ist. Unter der irreführenden Überschrift »Arzt und Volk« vergleicht der stellvertretende Reichsärztführer Dr. Bartels die »Gesundheitsführung« mit der Erziehungsaufgabe der Eltern, und schreibt:

»Versucht denn nicht ein jeder Mensch sein Kind nicht nur zu führen, zu erziehen, sondern ihm auch mit Aufopferung seines eigenen Ichs zu helfen, wenn es in Not ist. Die Einstellung des deutschen Arztes zu denen, die ihm vertrauen, ist und kann die verantwortungsbewußter Eltern zu ihren Kindern sein.«

Dann wird zwischen Arzt und Patient ein ähnliches Verhältnis entwickelt, wie es die Arbeitsfront zwischen Betriebsführer und Gefolgsmann bestimmt hat. Der »deutsche Mensch« darf deshalb auch nicht heute diesen, morgen jenen Arzt aufsuchen. Er muß Vertrauen zu seinem Arzt haben. Die Treupflicht des Arbeiters im Betrieb wird auch dem kranken Menschen gegenüber dem Arzt auferlegt. Den Patienten sollen »Unarten« gegenüber dem Arzt abgewöhnt werden. Die ärztliche Gesundheitsführung soll auf den »Leistungszustand« ihrer Volksgenossen ausgerichtet sein.

»Wir wissen, daß dieser Wille zum gesunden starken Menschen und Volk gewissen Elementen der Vergangenheit nicht paßt.«

Also auch im Gesundheitswesen der organisierte Kampf gegen die bösen Marxisten. So polemisiert die neue Gesundheitsführung plötzlich gegen Klara Zetkin, die einmal gekußert haben soll.

»daß die Gefahr bestehe, daß ein zufriedenes Volk für ihre politischen Zwecke nicht mehr interessiert sei.«

Damit wird ganz offen die Aufgabe der nationalsozialistischen Ärzteschaft dahin gerichtet, ihre Patienten-Kinder zur Bedürfnislosigkeit zu erziehen. Das alles fällt im Dritten Reich unter das Kapitel Volksgesundheit.

»Die Untersuchung soll dem Untersuchten den Stolz auf seine Familie, seine Sippe

wieder vermitteln. Darum ist zum erstenmal auf der ganzen Welt die Ermittlung positiver Erbfaktoren in den Vordergrund gestellt.«

Es paßt zur gegenwärtigen Hitler-Außenpolitik, wenn die ärztliche Führung derart geschildert wird.

»daß dieses Volk aber wieder den unbändigen Stolz auf seine erbgesunde Stärke erleben muß, um sich seiner Stärke bewußt zu werden.«

So soll der behandelnde Arzt darauf achten, daß der erbgesunde Mensch »auch die innere Lebenshaltung zeigt«, die ihm ureigen ist.

Die Korrespondenz »Volksgesundheit« läßt alsdann einen Kommentar zur neuen Reichsärzteordnung folgen. Es wird behauptet, der ärztliche Beruf sei im Dritten Reich »kein Gewerbe«. Damit soll aber nicht etwa gesagt sein, daß eine Verstaatlichung oder Sozialisierung des Gesundheitswesens geplant ist. Nachdem die Ärzteschaft so ziemlich von den Nicht-Nationalsozialisten gereinigt ist, soll nun der »Kassenlöwe« durch den »Berufenen« ersetzt werden. Der »Kassenlöwe« hat »Mark auf Marke gerafft. Nachdem die Nazilärzte die Konkurrenz beiseite geschafft haben, ist endlich der Typ des gemeinnützigen Arztes gefunden:

»Ihm kommt es auf die hohen seelischen Güter ebenso sehr an, wie auf die Gesundheit des Leibes.«

Diese »innere Vorbereitung« der neuen Gesundheitsführung hat auch ihre »formalen Teile«. Es gibt nur noch eine Monopolorganisation mit einer Reichsärztekammer und Bezirksvereinigungen. Die neue Ordnung spricht von der

»Abschaffung überflüssig gewordener Ständevereinigungen.«

Damit hätte nun für die Aerzte ebenfalls jede freie wirtschaftliche oder wissenschaftliche Koalition aufgehört. Eine amtliche Berufsgerichtsbarkeit und ein Schlichtungsverfahren, sollen »Streitigkeiten und Eifersüchteleien« unmöglich machen. Diese amtlichen Stellen sollen den Aerzten jede Möglichkeit der Interessenwahrnehmung rauben, ähnlich der Einrichtung der Treuhänder der Arbeit. Diese Annahme wird noch besonders bestätigt, indem die »Volksgesundheit« schreibt:

»Diese Dinge werden sich wie in den anderen großen Kammern und »Fronten« des neuen Deutschland einspielen; worauf es für die vielen Volksgenossen ankommt, die doch fast alle einmal mit Aerzten zu tun haben, das ist der Geist einer neuen Zeit, der in dieser Reichsärzteordnung zum Ausdruck kommt.«

In den weiteren Darlegungen tritt die Heilpflege immer mehr zurück hinter den politischen Aufgaben der zugelassenen Aerzte. So heißt es:

»Was aber inhaltlich genommen das Wichtigste an der neuen Reichsärzteord-

nung ist, das ist die immer betonte ethische Haltung... es gelten für die Aerzte besondere Sittengesetze... solche hohe sittliche Einstellung verträgt sich nicht mit kleinlichen Streitigkeiten (?), vielmehr wird der Blick des wahrhaft deutschen Arztes geschärft für die mannigfaltigen Aufgaben der Rassenpflege...»

So soll der Typus des »vornehmen Arztes« wieder gewonnen werden, der nur »mit Widerstreben Rechnungen schreibt«.

»Wenn diese Höhe auch nicht jeder erreichen wird, so bleibt sie doch das hohe Ideal.«

Es liege aber nun an den Kranken selbst, »die deutschen Aerzte — nur Deutschblütige gehören der Ärztekammer an — bei ihrem schweren Dienst zu unterstützen, denn dem Ethos beim Arzte muß auch ein Ethos beim Patienten entsprechen. So wird die neue Reichsärzteordnung ein weiteres Instrument, den Gesinnungsterror bis auf den kranken deutschen Menschen auszudehnen. Nach diesen Leitsätzen hat auch bereits die Schulung der Jungärzte eingesetzt. Vom 18. bis 20. März hat der Reichsamtsleiter für Volksgesundheit die erste Führerschule abgehalten.

»Den Jungärzten wurden die Erfordernisse einer nationalsozialistischen Gesundheitsführung vermittelt... es wurden in den Vorträgen alle Notwendigkeiten und Erfordernisse, die zur Leistungssteigerung des schaffenden Menschen führen, behandelt...«

Was nationalsozialistische Gesundheitsführung bedeutet, erläutert der Bericht in folgenden Ausführungen:

»Im großen Rahmen wurde den Jungärzten der geistige Zusammenhang von Partei und Arbeitsfront innerhalb unserer einzigartigen Weltanschauung dargelegt.«

Die politische Faschisierung der Aerzte ist sicher der entsprechende Ersatz für den Verlust bedeutender Mediziner, für die im Dritten Reich längst kein Raum mehr ist. Wie bei allen Verordnungen der Hitlerdiktatur wird die berufliche Befähigung auch bei dem Arzt vom »Verhalten außerhalb des Berufes« abhängig gemacht. Die Mitgliedsnummer eines alten Kämpfers ersetzt den Mangel an wissenschaftlicher Qualifikation. So ist nun glücklich auch die Medizin im Dritten Reich zum Instrument nationalsozialistischer Parteitagitation degradiert.

Zarte Rücksicht

Graf Reventlow, der bisher stellvertretende Leiter der Deutschen Glaubensbewegung war, richtet in dem von ihm herausgegebenen Reichswort vom 28. März, Folge 13, folgende Mitteilung an seine Leser: »Aus nationalsozialistischen Gründen und religiösen Motiven bin ich aus der Deutschen Glaubensbewegung ausgeschieden. Wegen des bevorstehenden 29. März beschränke ich mich heute auf diese Mitteilung. Graf E. Reventlow.«

Damit ist deutlich gesagt: allein in der »Deutschen Glaubensbewegung« liegt so viel

Schmutz, daß die Aufwirbelung vor dem 29. März vielen Menschen die Augen geöffnet und der Wahl geschadet hätte. Nach der Wahl wird es wieder hundert andere Gründe gegen ein gründliches Reinemachen geben — und am Ende wird der Dreck im ganzen Land so dicht geballt sein, daß nur noch Dynamit ihn sprengen kann.

Der Gegensatz

In die Führerinnenschule des BDM zu Legien (Pommern) wurde eine Gruppe von Sportstudentinnen aufgenommen. Wie die Pommersche Presse berichtet, begrüßte die Obergaufrührerin Hilde Katranski die Ankömmlinge mit den Worten:

»Die Grundsätze der Arbeit des BDM, die ihm letzten Endes vom Führer selbst gegeben worden sind, bewirken es, daß auf dem Gebiet der Volkserziehung der BDM, im Gegensatz zum Erziehungsfaktor Schule, einen immer größeren Raum einnimmt.«

Im Gegensatz zu... So haben wir uns das »Hand-in-Hand-Arbeiten« von Schule und brauner Jugendorganisation auch immer vorgestellt.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zi. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.00), Belgien Beiga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.078 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.60 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 196.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.